

SoVD protestiert gegen unausgewogene Sparvorhaben der Regierung

## Kürzungen treffen Hilfebedürftige

Fast acht Monate hat sich die Koalition nicht greifbar über ihre Sparvorhaben geäußert. Jetzt – nach Bekanntwerden des einmaligen Kürzungskataloges in Höhe von 80 Milliarden Euro bis 2014 – wird deutlich: Ganz konkret und unmittelbar spart der Staat erstmal nur bei denjenigen, die eigentlich Unterstützung brauchen – bei Hartz-IV-Empfängern, Rentnern und jungen Familien. So sollen die Übergangszuschläge für Arbeitslose künftig wegfallen, Ansprüche auf Eingliederungshilfen in Ermessensleistungen umgewandelt und das Elterngeld für Arbeitslosengeld-II-Empfänger ganz gestrichen werden. Zudem sollen bei Langzeitarbeitslosen die Zuschüsse zur Rentenversicherung eingespart werden. Während die Maßnahmen von führenden Regierungsmitgliedern als „sozial gerecht“ und „ausgewogen“ bezeichnet wurden, reagierten Gewerkschaften, der SoVD und andere Verbände mit Empörung und Protest auf die Kürzungen im Sozialbereich. Und selbst aus den eigenen Reihen der Koalition kommt der Einwand einer massiven Schiefelage bei den geplanten 80 Milliarden Belastungen.

Für das kommende Jahr sieht die Koalition bereits Kürzungen von 13,2 Milliarden Euro vor. Um hierbei möglichst wenige der geplanten Kürzungsmaßnahmen im Bundesrat zur Abstimmung bringen zu müssen, will die schwarz-gelbe Regierung ihre Vorhaben in zwei Gesetze aufteilen. Davon ist nur ein kleiner Teil zustimmungspflichtig. Hintergrund ist der Verlust der schwarz-gelben Mehrheit im Bundesrat in dem angekündigten Falle, dass SPD und Grüne bald eine rot-grüne Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen bilden. Allein der Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger muss der Bundesrat aller Voraussicht nach zustimmen – ein mit rund 100 Millionen Euro Volumen vergleichsweise geringer Posten.

Den Großteil der Kürzungspläne,



Illustration: Steffi Rose, Foto: Gallup /gettyimages

Ungerecht und ökonomisch zweifelhaft: Die Ärmsten sollen einen Großteil der Krisenkosten zahlen – während die mittleren und oberen Einkommen weitgehend verschont bleiben. Selbst aus den eigenen Reihen der Regierungskoalition kommt der Vorwurf einer massiven sozialen Schiefelage bei den geplanten 80 Milliarden Belastungen.

die Anfang Juli im Kabinett beraten werden sollen, um im September gleichzeitig mit den Haushaltsberatungen für 2011 im Bundestag beschlossen zu werden, will die Bundesregierung hingegen ohne die Zustimmung der Länder verabschieden. Von der genauen Formulierung der einzelnen Gesetzestexte wird abhängen, ob im Bundesrat von einem Vetorecht Gebrauch gemacht werden kann.

Von einer „Zerreißprobe des sozialen Zusammenhaltes in Deutschland“ spricht SoVD-Präsident Adolf Bauer angesichts der aktuellen Berichte über die geplanten Einschnitte. „Die vorgesehenen Sparmaßnahmen treffen vor allem sozial Benachteiligte und beziehen starke Schultern viel zu wenig ein“, mahnt Bauer. Und: „Durch die anvisierte Rotstift-Politik bei den Rentenbei-

trägen für Langzeitarbeitslose, dem befristeten Zuschlag sowie Eingliederungsmaßnahmen und Elterngeld soll vorrangig bei Menschen gekürzt werden, denen jetzt schon das Wasser bis zum Hals steht.“ Bleibe die Bundesregierung bei ihren Vorhaben, so sei eine gefährliche soziale Schiefelage programmiert, deren Folgen nicht absehbar seien. Es dürfe nicht zuerst bei den Schwächsten gekürzt werden, so der SoVD-Präsident in einer entsprechenden Pressemitteilung.

Die Willkür der sozial ungerechten und offenbar auch ökonomisch fragwürdigen Sparvorhaben (Siehe auch „Blickpunkt“, Bericht „Sparpaket verschärft Ungleichheit“ auf Seite 2 und den Beitrag der SoVD Jugend auf Seite 7) zeigt sich besonders deutlich an den Kürzungen beim Elterngeld: Während für mittlere und höhere Einkommen die

Ansprüche geringfügig gesenkt werden, wird Hartz-IV-Empfängern die Leistung komplett gestrichen, bei Netto-Einkommen ab 2687 Euro soll hingegen das Elterngeld überhaupt nicht gekürzt werden! Das seitens der Regierung vorgebrachte Argument, das Elterngeld, welches Berufstätigen die Entscheidung für ein Kind erleichtern soll, sei in erster Linie familienpolitisch orientiert, überzeugt hier wenig. Denn vor diesem Argumentationshintergrund müsste die Regierung allen Eltern, die vor der Geburt ihres Kindes nicht berufstätig waren, die Zuwendungen streichen. 400 Millionen will die Koalition durch diese einseitige Maßnahme zulasten sozial benachteiligter Menschen einsparen. Zum Vergleich: Der Staat zahlt insgesamt 4,5 Milliarden Euro an Elterngeld.

Fortsetzung auf Seite 2

### Rentnanpassung 2010: Kein Grund zum Jubeln

Nullrunde für Rentner führt erneut zu Kaufkraftverlusten  
Seite 3



### „Begreifen, was uns bewegt“

Ausstellung macht Medizintechnik spielerisch erfahrbar  
Seite 12

### Hartz-IV-Empfänger dürfen Wohnort wählen

Bundessozialgericht fällt Grundsatzurteil  
Seite 5



### Ehrenamtliches Engagement im Alter

Zukunftssymposium widmet sich Beteiligungsmöglichkeiten von Senioren  
Seite 6



### Anzeige

www.menschenAb50.de

Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

#### Sterbegeld-Vorsorge Plus:

- Sterbegeld von 1.000 bis 12.500 Euro
- Beitritt bis zum 80. Lebensjahr
- Keine Gesundheitsfragen, lediglich Staffelung der Leistung im 1. Vers.-Jahr
- Doppeltes Sterbegeld bei Unfalltod
- Nur begrenzte Beitragszahlungsdauer
- Beitragsbefreiung bei Pflegestufe III
- Assistance-Leistungen im Trauerfall

Interesse?:

ERGO Lebensversicherung AG  
Organisation für Verbandsgruppenversicherungen, 22287 Hamburg

ERGO



### Blickpunkt

Mit der Begründung, dass man nicht länger über seine Verhältnisse leben dürfe, hat die schwarz-gelbe Regierung einen in der deutschen Geschichte einmaligen Maßnahmenkatalog zusammengestellt. Als „Sparpaket“ machten die Kürzungen in der Medienberichterstattung schnell die Runde. Irreführend und beschönigend ist der Begriff gleich in doppelter Hinsicht. Erstens, weil er suggeriert, dass nun diejenigen sparen müssen, die vorher zu viel ausgegeben haben, und davon kann bei den

Hauptbetroffenen – Familien, Langzeitarbeitslosen und Rentnern – nun wahrlich nicht die Rede sein. Und zweitens, weil der Begriff „sparen“ per Definition glauben machen will, dass hier derzeit freie Mittel zurückgelegt würden. „Gespart“ wird nämlich gemeinhin zu dem Zweck, später größere Anschaffungen zu ermöglichen – für diejenigen, die vorher verzichtet haben, versteht sich. Es kann auch gespart werden, um für Notsituationen vorzubeugen, etwa den Folgen von Krankheit, Arbeitslosigkeit

oder Erwerbsminderung. Vor diesem Hintergrund sind die jetzt als „Sparpaket“ verkauften Sozialkürzungen an Zynismus kaum zu überbieten. Das sogenannte Sparpaket erspart sich vielmehr selbst, diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die das Fiasko auf den Finanzmärkten angerichtet haben und bittet Menschen zur Kasse, die nicht Verursacher der Krise sind, aber heute bereits am meisten darunter zu leiden haben.

Adolf Bauer  
SoVD-Präsident

Fortsetzung von Seite 1

## Kürzungen treffen Hilfebedürftige...

Ein weiteres Vorhaben, das zynischer Weise als „Erhöhung des Anreizes zur Annahme einer Arbeit“ verstanden werden will, ist das ersatzlose Streichen der Zuschläge für Arbeitslose, die vom Arbeitslosengeld I in das deutlich niedrigere Arbeitslosengeld II fallen. Betroffene erhielten bislang vom Staat bis zu 160 Euro im Monat, im zweiten Jahr bis zu 80 Euro. Verheiratete Empfänger hatten Anspruch auf den doppelten Betrag. Mit der Streichung des Zuschlages, der bis dato das steile Abrutschen von Angehörigen der Mittelschicht nach einem Jobverlust etwas abzufedern vermochte, will die Regierung insgesamt 200 Millionen Euro einsparen.

Noch ein weiteres Mal trifft das Kürzungspaket der Regierung die Empfänger von Arbeitslosengeld, in diesem Falle insbesondere die Bezieher von Arbeitslosengeld I. Denn auch im Bereich arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen sind drastische Kürzungen vorgesehen. So sollen Ansprüche auf Eingliederung bzw. Arbeitsförderungsmaßnahmen für Jobsuchende in Ermessensleistungen umgewandelt werden. Während Arbeitslose derzeit noch einen Rechtsanspruch auf einige unterstützende Leistungen wie Eingliederungsgutscheine oder Weiterbildungskosten zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses haben, sollen künftig die Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit nach ihrem Gutdünken entscheiden, ob die Leistungen sinnvoll sind und zum Tragen kommen. Die Koalition hofft, dadurch allein im kommenden Jahr rund zwei Milliarden Euro sparen zu können. Langzeitarbeitslose, aber auch Reha-Patienten und junge Menschen in der Ausbildung werden dadurch zu Bittstellern. Es verwundert wenig, dass in diesem Zusammenhang von Kritikern vom Beginn einer Umwandlung vom Sozial- in einen Almosenstaat gesprochen wird.

### Rentenversicherungszuschüsse bei Langzeitarbeitslosen gestrichen

Bluten müssen die ohnehin Schwachen nach dem Willen der Regierung auch in puncto Altersversorgung: Streichen will die Regierung nämlich die Zuschüsse zur Rentenversicherung für Langzeitarbeitslose. Betroffene verlieren damit Pflichtbeitragszeiten für Reha-Maßnahmen oder die Erwerbsminderungsrente.

Neben den ohnehin sozial benachteiligten Personengruppen müssen sich vor allem Beamte auf Einsparungen gefasst machen. In der öffentlichen Verwaltung sollen im kommenden Jahr rund 2,3 Milliarden Euro (und in 2014 ca. 3,9 Milliarden Euro) eingespart werden. Zudem sollen bis 2014 im öffentlichen Dienst des Bundes mindestens 12000 Stellen wegfallen. Hingegen bleiben fast alle anderen von der Regierung angekündigten Einsparungen außerhalb des Bereiches „Arbeit und Soziales“ vage oder wenig durchsetzbar. So sollen etwa die Atomkraftbetreiber als Gegenleistung für die längeren AKW-Laufzeiten eine Brennelementesteuer von 2,3 Milliarden Euro an den Staat zahlen. Dabei bleibt völlig unklar, ob die Laufzeitverlängerung möglicherweise am Bundesrat scheitert, wo die Opposition von ihren Mitwirkungsrechten Gebrauch machen wird. Pikant ist außerdem: Kommt es zu einer Laufzeitverlängerung, profitiert die Atomindustrie mit 6 Milliarden Euro pro Laufjahr und muss als „Mehrbelastung“ davon nur ein Drittel an den Staat abgeben. Ein weiteres Beispiel: Zwei Milliarden Euro Mehreinnahmen verspricht sich die Koalition durch die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer. Die Bankenbeteiligung am Sparpaket ist somit mit zwei Milliarden Euro pro Jahr festgeschrieben. Jedoch glaubt kaum jemand angesichts des massiven internationalen Widerstandes, dass dieses Steuergeld je fließen wird. Unangetastet bleibt auch das Hotelsteuergeschenk. Und von der Einführung einer Vermögenssteuer oder der Anhebung des Spitzensteuersatzes zur Entlastung des Bundeshaushaltes ist nicht die Rede. Dabei plädiert sogar der Wirtschaftsrat der Union für höhere Steuern für Gutverdienende.

Fazit: Die proportional weitaus stärkeren und unmittelbaren Kürzungen treffen die sozial Benachteiligten. Diese Belastungen sind real und sollen zudem zügig umgesetzt werden; die Einschränkungen für die Stärkeren – zum Teil selber Verursacher der Krise – werden hingegen weitaus weniger detailliert angekündigt, und es scheint fraglich, ob davon Maßnahmen zur Umsetzung kommen. Das Sparpaket spart deshalb vor allem eines aus: dem Anspruch eines Sozialstaates Rechnung zu tragen. *Veronica Sina*

## Kommentar

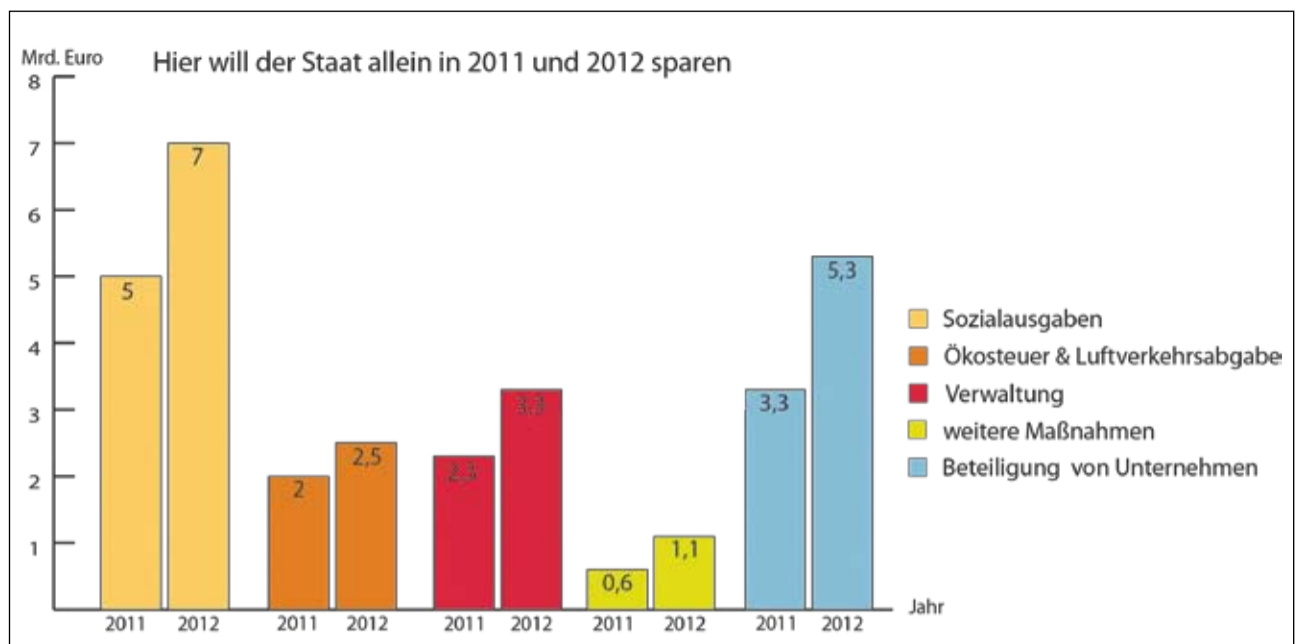
### Harte Zeiten für Rentner

Wer nach jahrzehntelanger Arbeit mit monatlich Tausend Euro oder noch weitaus weniger auskommen muss, kann darüber nicht glücklich sein. Umso bitterer ist es, wenn aufgrund steigender Beitragsbelastungen in der Kranken- und Pflegeversicherung sowie stetig wachsender Lebenshaltungskosten der Gürtel immer enger geschnallt werden muss. Kaum eine andere Bevölkerungsgruppe wurde in den letzten Jahren so empfindlich zur Kasse gebeten wie die rund 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner. Die Inflation tut ihr Übriges, um die Kaufkraft zu schwächen – bei der älteren Generation in erhöhtem Maße, wie eine Studie des Deutschen Institutes für Altersvorsorge in Köln kürzlich deutlich werden ließ. Zudem dämp-

fen Nachhol- und Nachhaltigkeitsfaktor jede positive Erwartung.

Immer mehr Menschen im Ruhestand sind deshalb auf zusätzliche Jobs angewiesen, obwohl die Kraftreserven dafür längst nicht bei allen gegeben sind. Ein weiteres Alarmzeichen: Eine zunehmende Zahl älterer Menschen muss über die Grundsicherung im Alter aufgefangen werden. Vergessen wird dabei gerne, dass die Rente keine milde Gabe oder eine Art „Gnadenbrot“ ist. Sie stellt vielmehr ein Entgelt für eine Lebensleistung dar.

Dass viele Menschen der älteren Generation weit von einemsorglosen Lebensabend entfernt sind und befürchten müssen, in die Altersarmut abzurutschen, ist ein Armutszeugnis für unsere Gesellschaft. *veo*



Grafik: Steffi Rose, Quelle: Bundesregierung

**Der größte Teil der Kürzungen aus dem Maßnahmenkatalog der Bundesregierung entfällt auf den Sozialetat (in der Grafik ganz links). Im Jahr 2012 steigen die Einsparungen gegenüber 2011 sogar noch an, wie entsprechende Zahlen der Bundesregierung belegen.**

Studie belegt Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich

## Wirtschaftsforscher warnen: Sparpaket verschärft Ungleichheit

**Nach Einschätzung von Wirtschaftsforschern wird das sogenannte Sparpaket der Regierungskoalition in Deutschland die Kluft zwischen Arm und Reich weiter wachsen lassen. Zu diesem Schluss kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in einer jetzt veröffentlichten Studie.**

Auf der einen Seite steige die Zahl gut verdienender Menschen, während auf der anderen Seite immer mehr Personen mit einem niedrigen Einkommen auskommen müssten oder sogar arm seien, so die Ökonomen. Dadurch entstehe eine „Statuspanik“ bei den Betroffenen, die nun befürchteten, aus der Mittel- in die Unterschicht absteigen zu müssen. Die Wirtschaftsforscher kritisieren, dass dieser Trend durch die Kürzungsvorhaben der Bundesregierung verstärkt werde, indem hohe Einkommen verschont blieben und niedrige Einkommen weiter belastet würden.

Die Autoren der Studie stellen auf der Basis ihrer Untersuchungen fest, dass in Deutschland in den vergangenen Jahren immer mehr Men-

schen in die Schicht derer gerutscht seien, die nur niedrige Einkommen erzielen konnten. Zu dieser Gruppe wird der Personenkreis gezählt, der weniger als 70 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Bei einem Elternpaar, das zwei Kinder unter 14 Jahren hat, entspricht dies einem monatlichen Netto-Einkommen von 1800 Euro. Darin sind das Kindergeld und andere staatliche Leistungen inbegriffen.

Gleichzeitig sei aber auch die Gruppe der Wohlhabenden gewachsen, die über mehr als 150 Prozent des mittleren Einkommens verfügen könnten, so die Forscher des renommierten Institutes. Konkret beziffert sind das 3870 Euro monatliches Netto-Einkommen. Die Studie bilanziert, dass sich die Einkom-

mensschere zwischen niedrigem und hohem Einkommen in Deutschland weit geöffnet habe. „Die Reichen“, so heißt es wörtlich, „sind nicht nur immer mehr, sondern im Durchschnitt auch immer reicher geworden.“ Im Gegenzug dazu seien die Ärmern „nicht nur immer mehr, sondern auch immer ärmer geworden.“

Als Verlierer der Entwicklung stellt die Studie die Mittelschicht, die mittleren Einkommensgruppen fest – eine Entwicklung, die insgesamt auch für die Stabilität der Gesellschaft bedrohlich sei. So warnen die DIW-Autoren in diesem Kontext unter anderem ausdrücklich vor einer Ausprägung von Armenvierteln in den Großstädten mit fatalen Auswirkungen für Heranwachsende.

Neuregelung von Hartz IV darf nicht zulasten der Betroffenen gehen

## Chaos von 2005 darf sich bei Jobcenter-Reform nicht wiederholen

**Die Jobcenter-Reform wurde im Bundestag mit wenigen Änderungen verabschiedet. Die SoVD-Forderung, dass die Feststellung der Erwerbsfähigkeit durch die Rentenversicherung erfolgen müsse, wurde berücksichtigt. Die Umsetzung der Neuregelung bis 2011 ist nun die große Herausforderung. Ein Chaos zulasten der Hilfebedürftigen, wie bei der Einführung von Hartz IV im Jahr 2005, muss mit allen Mitteln verhindert werden.**

Über zwei Jahre hat es gedauert, bis bei der vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) angeordneten Neuregelung der Hartz-IV-Verwaltung ein politischer Konsens gefunden wurde. Das verkürzt nun die Zeit für die Umsetzung. Diese muss entsprechend dem BVerfG-Urteil bis zum 1. Januar 2011 erfolgt sein.

### SoVD-Forderung wurde berücksichtigt

Zum Gesetzentwurf der Jobcenter-Reform hat der SoVD eine detaillierte Stellungnahme formuliert. Diese erging unter anderem an die Sozialministerin, alle Mitglieder des Ausschusses des Deutschen Bundestages für Arbeit und Soziales sowie die Fachebene im Arbeits- und Sozialministerium. Darin fordert der SoVD auch, dass die medizinische Begutachtung zur Feststellung der Erwerbsfähigkeit Sache der gesetzlichen Rentenversicherung wird – und



Foto: Christian Stoll/fotolia

**Die Jobcenter-Reform ließ über zwei Jahre auf sich warten. Eigentlich ist jetzt erst die Startlinie erreicht, denn nun muss umgesetzt werden.**

nicht des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK), wie im Gesetzentwurf vorgesehen. Diese Forderung wurde umgesetzt.

Sehr begrüßenswert ist, dass durch die Jobcenter-Reform für viele Hilfebedürftige nur geringfügige, unmittelbare Änderungen entstehen dürften. Entscheidend ist, dass sie

weiterhin eine Anlaufstelle haben und aus einer Hand betreut werden. Allerdings stehen bundesweit die Hartz-IV-Verwaltungsbehörden vor einer großen Herausforderung: Sie müssen die beschlossenen Neuregelungen innerhalb von nur rund sechs Monaten umsetzen.

### Umorganisation nicht zulasten der Hilfebedürftigen

Die Einführung von Hartz IV hatte 2005 ein großes Chaos bei den Behörden zur Folge. Zuständigkeiten waren nicht geklärt, Bescheide verzögerten sich, Hilfebedürftige waren stark verunsichert und mussten wochenlang auf ihr Geld warten. Diese Situation darf sich bei der Durchführung der Jobcenter-Reform auf keinen Fall wiederholen. Der SoVD fordert mit aller Entschiedenheit, dass die Umsetzung der Neuregelungen zu Hartz IV nicht zulasten der Hilfebedürftigen gehen darf. *cm*

Nullrunde für Rentner führt zu erneuten Kaufkraftverlusten

## Renten Anpassungsbescheide 2010: Wenig Grund zum Jubeln

**Wie üblich wurden im Juni die Renten Anpassungsbescheide versendet. Großen Jubel dürfte deren Inhalt allerdings nicht ausgelöst haben, denn die Rentner müssen sich mit einer Nullrunde zufrieden geben. Und es hätte noch schlimmer kommen können: Ohne Rentengarantie wären Kürzungen fällig geworden.**

Die Renten Anpassungsformel ist sehr komplex. Grundlage ist die Brutto Lohnentwicklung – beeinflusst vor allem durch Beitragsatz-, Riester- und Nachhaltigkeitsfaktor. Für 2010 war das Ergebnis dieser Berechnung negativ. Rentenkürzungen wären die Folge gewesen: minus 3,81 Prozent in den alten und minus 1,83 Prozent in den neuen Bundes-

ländern. Einzig die auch vom SoVD immer wieder verfochtene Erweiterung der Schutzklausel um die Rentengarantie hat verhindert, dass Rentner im nächsten Jahr weniger ausbezahlt bekommen. Einen Kaufkraftverlust müssen sie dennoch hinnehmen. „Vor dem Hintergrund steigender Beitragsbelastungen in der Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Nullrunden in den vergangenen Jahren ist die Entwicklung geradezu dramatisch. Allein im Zeitraum 2004 bis 2008 lag der Wertverfall bei den Renten bei mehr als zehn Prozent“, kritisiert SoVD-Präsident Adolf Bauer.

Die Aussichten für die nächsten Jahre sind nicht wirklich besser. Denn zu den genannten beeinflussenden Rechengrößen kommt ab 2011 auch noch der Nachholfaktor hinzu, nicht zu verwechseln mit dem Nachhaltigkeitsfaktor, der 2005

eingeführt wurde. Mit ihm sollen durch die Schutzklausel verhinderte Kürzungen später nachgeholt werden. Das heißt, eventuelle Rentenerhöhungen der nächsten Jahre würden entsprechend gekürzt – weitere Nullrunden drohen. Der SoVD kritisiert sowohl Riester- als auch Nachholfaktor. Sie seien reine Kürzungsfaktoren und müssten abgeschafft werden. Um den permanenten Wertverfall der Renten zu stoppen, müssten stattdessen die lohnorientierten Renten Anpassungen um eine Inflationsschutzklausel ergänzt werden.

### Krankenkassenzusatzbeiträge beeinflussen Witwenrente

Für einige Rentner könnte sich eine Änderung ergeben. Denn die Träger der Rentenversicherung haben beschlossen, Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung



Foto: digitalstock/fotolia

**Berücksichtigung bei der Einkommensanrechnung auf Hinterbliebenenrente mildert für Witwen die Belastung durch Zusatzbeiträge.**

bei der Einkommensanrechnung auf Hinterbliebenenrente zu berücksichtigen. Voraussetzung ist, dass die Betroffenen nachweisen, dass sie einen Zusatzbeitrag zu zahlen haben. Grundsätzlich werden Einkommensänderungen bei Bestandsrenten ab dem jeweils nächsten 1. Juli berücksichtigt. Wer ein eigenes Einkommen bezieht, Anspruch auf Hinterbliebenenrente hat und Zusatzbeiträge an seine Krankenkasse

zahlen muss, dessen Rente könnte sich leicht erhöhen. Personen, bei denen sich die Neuregelung günstig auswirken kann, werden sowohl über einen Hinweistext in der Renten Anpassungsmitteilung zum 1. Juli 2010, als auch in den Rentenbescheiden informiert.

Bei Fragen zum Thema Rente stehen selbstverständlich auch die jeweiligen SoVD-Beratungszentren zur Verfügung. *cm*

### Info

Leistungen der Rentenversicherung können auch online auf [www.deutsche-rentenversicherung.de](http://www.deutsche-rentenversicherung.de) (unter Beratung) beantragt werden. Der Antrag wird elektronisch an die Deutsche Rentenversicherung versandt. Allerdings muss zusätzlich ein Unterschriftenblatt per Post gesendet werden.

Bundeskanzlerin Merkel will Weiterentwicklung der Zusatzbeiträge

## Gesetzlich Krankenversicherte müssen mit Zusatzbelastungen rechnen

**Der gesetzlichen Krankenversicherung droht im kommenden Jahr ein Defizit von 11 Milliarden Euro. Politiker der schwarz-gelben Koalition berieten daher in den vergangenen Wochen über Einsparmöglichkeiten im Gesundheitssystem. Konkrete Entscheidungen sollen zwar erst im Juli fallen, Bundeskanzlerin Merkel kündigte jedoch bereits jetzt an, dass auf die Versicherten höhere Kosten zukommen werden.**

Die Koalition aus CDU/CSU und FDP steht unter Handlungsdruck. Nachdem sich Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler mit seinen Reformvorschlägen nicht durchsetzen konnte, werden zunächst Einsparungen von vier Milliarden Euro angestrebt, die Ärzte, Apotheker, Pharmaindustrie und Krankenhäuser

betreffen sollen. Da man sich zusätzlich bereits auf einen Bundeszuschuss von zwei Milliarden Euro verständigt hatte, müsste die verbleibende Finanzierungslücke von fünf Milliarden Euro dann wohl von den rund 50 Millionen Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) geschlossen werden.

Eine Kürzung des Krankengeldes hat die Koalition bereits verworfen. Weiterhin im Gespräch ist jedoch eine Erhöhung einkommensabhängiger Zusatzbeiträge, die momentan bis zu einer Höhe von einem Prozent des Bruttoeinkommens (maximal 37,50 Euro im Monat) erhoben werden dürfen. Während Rösler hier eine Erhöhung von 15 bis 20 Euro für möglich hält, wird auch eine Anhebung der Einkommensgrenze auf zwei Prozent (maximal 75 Euro im Monat) diskutiert.

### Muss künftig jeder Arztbesuch bezahlt werden?

Andere Überlegungen betreffen die Praxisgebühr, die bisher quartalsweise bezahlt werden muss. Sie könnte künftig reduziert werden, würde dann jedoch bei jedem Arztbesuch fällig. Für einkommensschwache und chronisch kranke Menschen würde der Gang zum Arzt dann überaus kostspielig.

Zusatzbeiträge stellen vor allem aber ein grundsätzliches Problem dar, da sie unabhängig von ihrer Höhe einseitig die Versicherten belasten. Eine Anhebung des Beitragsatzes hat die Koalition bereits ausgeschlossen, da sie den Anteil der Arbeitgeber zur Krankenversicherung unverändert lassen will. Stattdessen bekannte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einer Weiterentwicklung der Zusatzbeiträge. Auch wenn dabei ein Sozialausgleich geschaffen werden soll, bedeutet dies nach Überzeugung des SoVD die Abkehr vom Prinzip der solidarischen Finanzierung des Gesundheitssystems (siehe Hintergrund: *Gesundheit braucht Solidarität*).

Die Erhebung von Zusatzbeiträgen ist auch für die Krankenkassen selbst nicht unproblematisch,



Foto: ISO K<sup>2</sup> - photography/fotolia

**Ein Arzttermin könnte für gesetzlich Versicherte teurer werden. Neben höheren Zusatzbeiträgen wird auch darüber diskutiert, eine Praxisgebühr pro Besuch, statt wie bisher pro Quartal, zu erheben.**

da sie befürchten müssen, dass sich zahlreiche Mitglieder zu einem Kassenwechsel entschließen. Das kann dazu führen, dass sich die Finanzlage der Kassen weiter verschlechtert und einzelne sogar Pleite gehen. Für die Versicherten hätte die Insolvenz ihres Krankenkassens keine direkten Folgen, da dessen Verpflichtungen von anderen Krankenkassen übernommen werden und Betroffene problemlos zu einem anderen Anbieter wechseln können. Da schon jetzt zahlreiche Kassen finanzielle Probleme haben, könnte auf längere Sicht jedoch ein Teufelskreis entstehen: Zum einen würde es für die Gesamtheit der Krankenkassen immer schwieriger, für insolvente Mitbewerber gerade zu stehen, zum

anderen wären auch die Versicherten durch immer höhere Zusatzbeiträge überfordert. *job*

### Info

„Gesundheit braucht Solidarität“ ist eine gemeinsame Initiative von SoVD und Volkssolidarität zum Erhalt und zur Fortentwicklung einer solidarischen Krankenversicherung. Das gleichnamige wissenschaftliche Gutachten betreute Prof. Dr. Dr. Thomas Gerlinger von der Fakultät für Gesundheitswissenschaften an der Universität Bielefeld. Die vollständige Studie ist im Internet unter [www.sovd.de](http://www.sovd.de) abrufbar.

### Hintergrund

## Gesundheit braucht Solidarität

**Angesichts der Überlegungen zu Reformen im Gesundheitsbereich haben SoVD und Volkssolidarität vor einem radikalen Systemwechsel gewarnt. Die anhaltende Diskussion über eine Privatisierung von Gesundheitskosten stelle nach Ansicht beider Verbände das Sozialstaatsgebot infrage. Pläne zur Einführung einer Kopfpauschale oder anderer einseitiger Zusatzbeiträge würden zudem nicht dem Willen der Menschen in Deutschland entsprechen, die sich mehrheitlich für den Erhalt und die Stärkung des Systems der solidarischen Krankenversicherung ausgesprochen hätten.**

Anfang Juni stellten SoVD und Volkssolidarität in Berlin ein wissenschaftliches Gutachten vor, das von ihnen bei dem renommierten Gesundheitswissenschaftler Prof. Dr. Dr. Thomas Gerlinger in Auftrag gegeben wurde. Die Studie belegt zum einen die zentrale Bedeutung der gesetzlichen Krankenversicherung, die wesentlich zum sozialen Ausgleich in der Gesellschaft beitrage. Zum anderen zeigt das Gutachten, dass Patienten und Versicherte bereits seit Jahren einen wachsenden Teil der Kosten und Risiken für ihre Krankenversorgung alleine tragen – etwa durch verschärfte Zuzahlungsregelungen und Sonderbeiträge. Zu einer zusätzlichen Entsolidarisierung trage Prof. Gerlinger zufolge auch das Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung bei, das es zu überwinden gelte.

Eine solidarische Fortentwicklung der gesundheitlichen Versorgung, bei der die Interessen der Patienten und Versicherten stärker im Mittelpunkt stehen, fordern daher auch SoVD und Volkssolidarität. Sie setzen sich dafür ein, die paritätische Finanzierung der Gesundheitskosten wiederherzustellen und langfristig eine solidarische Bürgerversicherung einzuführen. Beide Verbände sprechen sich zudem dafür aus, Sparpotenziale im Bereich der Arzneimittel zu nutzen, Doppelstrukturen zu vermeiden sowie die Bereiche Prävention und Rehabilitation zu stärken.

## Bundesrechtsabteilung

### SoVD unterstützt ehemaligen Soldaten vor Gericht

**In einem Rechtsstreit unterstützt der SoVD einen Wehrdienstbeschädigten bei der Durchsetzung seiner Interessen. Vor dem Bundessozialgericht (BSG) wurde für das Mitglied nun ein erster Erfolg errungen.**

Der Betroffene verrichtete als Soldat von 1968 bis 1980 seinen Dienst bei der Bundeswehr, unter anderem am Waffensystem „Hawk“. 2004 stellte sich bei dem ehemaligen Bundeswehrangehörigen eine Erkrankung ein, die ein Jahr später vom Landesamt für soziale Dienste des Landes Schleswig-Holstein als Folge einer Wehrdienstbeschädigung anerkannt wurde. In dem folgenden Rechtsstreit ging es um die Gewährung von Versorgungskrankengeld als Wehrdienstbeschädigter. Da sich das SoVD-Mitglied vor Eintritt der Krankheit beruflich selbstständig gemacht hatte, lehnte das Landesamt eine Zahlung mit der Begründung ab, es seien vor der Erkrankung keine Gewinne aus der selbstständigen Tätigkeit erzielt worden und auch langfristig nicht absehbar.

Nachdem die Klage des Mitglieds in zwei Instanzen erfolglos war, widersprach nun das Bundessozialgericht (BSG) der Argumentation des Landesamtes und wies den Fall zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landessozialgericht zurück (B 9 VS 1/09R). Dort wird das Mitglied das Verfahren mit Unterstützung des SoVD fortsetzen. *are*

#### Behinderte sollen Rundfunkgebühren zahlen

### SoVD fordert Erhalt der Befreiung von GEZ-Gebühren

**Mit der Neuregelung der Rundfunkgebühren soll auch die Gebührenbefreiung für Menschen mit Behinderung entfallen. Entsprechende Pläne der Länder hat der SoVD kritisiert, weil dadurch die Informationsmöglichkeiten der Betroffenen verschlechtert würden.**

Die Länder wollen die Rundfunkgebühren neu regeln und dabei Menschen mit Behinderung deutlich schlechter stellen, die bisher größtenteils von der Rundfunkgebühr befreit waren. Geht es nach dem Willen der Länder, sollen sie künftig einen Gebührenbeitrag entrichten und so für ihre gesellschaftliche Teilhabe zahlen. Dagegen wendet sich der SoVD entschieden.

Gegenwärtig sind seh- und hörbehinderte Menschen sowie Personen mit einem hohen Behinderungsgrad von der Rundfunkgebühr befreit. Dieser behinderungsbedingte Nachteilsausgleich wird aus gutem Grund gewährt. Denn diese Menschen können viele Informations- und Kulturangebote nicht wahrnehmen und sind deshalb in ganz besonderer Weise auf Fernsehen, Radio und neue Medien als Informationsquelle angewiesen. Deshalb müssen Menschen mit Behinderung auch weiterhin von der Rundfunkgebühr befreit bleiben. SoVD-Präsident Adolf Bauer erklärte, es sei Aufgabe der Länder, ein breit gefächertes, hochwertiges und auch barrierefreies Angebot durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu gewährleisten und dafür die finanziellen Rahmenbedingungen zu sichern. Dies dürfe jedoch nicht auf Kosten der Menschen mit Behinderung geschehen.

## Wir haben geholfen

### Mit sportlicher Hilfe kam schließlich der Erfolg

**Der Antrag von Björn S. auf Erwerbsminderungsrente wurde abgelehnt. Das SoVD-Beratungszentrum Wilhelmshaven unterstützte ihn, den Anspruch durchzusetzen. Um das Kapital für die fehlenden Versicherungsbeiträge aufzubringen, erhielt S. sportliche Hilfe von seinen Freunden.**

Der selbstständige Fahrlehrer Björn S. aus Wilhelmshaven erlitt mehrere Schlaganfälle und wurde dadurch erwerbsunfähig. Er stellte einen Antrag auf Erwerbsminderungsrente, hatte jedoch die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen – 36 Pflichtbeiträge in den letzten fünf Jahren vor Antragstellung – noch nicht erfüllt. Deshalb lehnte der Rententräger den Antrag ab. Gegen diesen Bescheid legte der 38-Jährige mithilfe von Annegret Liske vom SoVD-Beratungszentrum Wilhelmshaven Widerspruch ein.

Liske erwirkte beim Rententräger, dass die noch benötigten Pflichtbeiträge in Höhe von 3793,41 Euro mit Ratenzahlungen in Höhe von 100 Euro monatlich beglichen werden könnten. Damit hätte das SoVD-Mitglied allerdings erst 2013 einen Anspruch auf die beantragte Rente gehabt. Ein früherer Anspruch wäre nur durch die sofortige, einmalige Zahlung der Summe möglich geworden. Da dem Fahrlehrer und seiner Familie dieses Geld nicht zur Verfügung stand, fanden sich Freunde und ehemalige Sportkollegen von S. zusammen und organisierten eine Benefizveranstaltung zugunsten der Familie. Der Handball-Zweitligist Wilhelmshavener HV spielte sowohl gegen die Handball- als auch gegen die Fußballabteilung des Spiel- und Turnvereins (STV) Voslapp. Dieses Sportevent lockte zahlreiche Zuschauer an. Durch den Verkauf von Getränken und Speisen sowie von Tombolalosen während der Veranstaltung kamen mehr als 3000 Euro zusammen. So konnte S. die fehlenden Beiträge in einer Summe begleichen und erhält rückwirkend seit 1. Oktober 2009 eine unbefristete Rente wegen voller Erwerbsminderung.



Fotos (2): Borrs

**Besuch hochrangiger Gäste aus Taiwan (v.li.): Christian Schnack (Goethe-Institut), LIN Yi-Ying (Gesundheitsministerium), CHEN Su-Chun (Innenministerium), TSAI Yin-Yin (Gesundheitsministerium), Prof. Dr. PH LEE Yue-Chun (Yangming Universität), Edda Schliepack (SoVD), CHEN Jin-Wen (Rat für wirtschaftliche Entwicklung) und Dr. LIN Chih-Hong (Universität Taipeh). Rechtes Bild: Edda Schliepack (re.) im Gespräch mit Prof. LIN Chih-Hong.**

Pflegepolitik in Fernost – Expertengruppe informierte sich in Deutschland

### Delegation aus Taiwan beim SoVD

**Im Juni besuchten Beamte verschiedener Ministerien sowie Wissenschaftler aus Taiwan den SoVD. Die Delegation informierte sich über die Struktur des deutschen Pflegeversicherungssystems.**

Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack begrüßte die hochrangige Delegation in der Bundesgeschäftsstelle des SoVD in Berlin. Das Gespräch war Teil eines mehrtägigen Informationsprogramms, bei dem

sich die taiwanesischen Expertengruppe bei Ministerien, Pflegeeinrichtungen und Institutionen über das deutsche Pflegeversicherungssystem informierte. Denn Taiwan plant, sein Pflegeversicherungssystem

nach deutschem Vorbild zu reformieren.

Beim SoVD informierten sich die Experten über seine Funktion als Interessenvertreter der Versicherten in der deutschen Pflegepolitik.

## Frauen im SoVD – das Thema

### Autonome Frauenhäuser sind auf einheitliche Regelungen angewiesen

**Gewalt gegen Frauen ist die meist verbreitete Form der Menschenrechtsverletzung unserer Zeit. Frauenhäuser dienen dem Schutz vor dieser körperlichen und seelischen Gewalt. Der mit dieser Hilfe verbundene bürokratische Aufwand stellt jedoch häufig eine zusätzliche Hürde dar. Deshalb fordern die SoVD-Frauen bundesweit einheitliche und unbürokratische Regelungen für die Finanzierung der Frauenhäuser.**

Für viele Frauen und Kinder in der Bundesrepublik gehört Gewalt zum Alltag – unabhängig von Einkommen, Bildung und Gesellschaftsschicht. Zwei von fünf Frauen haben in ihrem Leben schon sexuelle oder körperliche Gewalt erlebt, jede vierte Frau wird vom eigenen Partner misshandelt. Diese Zahlen machen deutlich, dass häusliche Gewalt eine gesellschaftliche Realität ist, die uns alle angeht. Andauernde Gewalthandlungen oder -androhungen bringen Furcht und Unsicherheit und bewirken seelische und körperliche Schäden. Menschen, die in der Kindheit und Jugend Gewalt in der Familie erfahren, leben diese oft später in den eigenen Familien weiter.

2002 ist das Gewaltschutzgesetz (GewSchG) in Kraft getreten. Nicht jede von häuslicher Gewalt betroffene Frau ist jedoch in der Lage, eine damit verbundene Überlassung der gemeinsamen Wohnung in Anspruch zu nehmen. In Deutschland suchen jährlich rund 45000 Frauen mit ihren Kindern Zuflucht in einem Frauenhaus. Diese Zahl umfasst aber nur einen Teil der Frauen, die unter Misshandlungen leiden, das tatsächliche Ausmaß ist viel größer.

Die bundesweit rund 140 autonomen Frauenhäuser sind konfessionell und parteipolitisch ungebunden. Sie bieten in akut bedrohlichen Gewaltsituationen eine niedrigschwellige Zufluchtsmöglichkeit, die gerade deshalb wichtig ist, weil bei einer ungeplanten Flucht oftmals keine persönlichen Dokumente vorliegen. Mitarbeiterinnen von Frauenhäusern bieten Beratung und konkrete Hilfe zur Selbsthilfe. Vorrangiges



**Inge Jefimov  
Landesvorsitzende Hamburg  
Mitglied im Ausschuss  
für Frauenpolitik**

Ziel ist es, Frauen und Kinder rasch psychisch zu stabilisieren und neue Lebensperspektiven zu erarbeiten. Unter den herrschenden Rahmenbedingungen gestalten sich viele Formalitäten wie etwa die Wohnungssuche jedoch als äußerst zeitintensiv. Für Hamburg, wo im vergangenen Jahr 853 Frauen Schutz in einem Frauenhaus suchten, kommt ein weiteres Problem hinzu: Seit 2005 wurden zahlreiche Psychologinnenstellen gestrichen bzw. nicht mehr finanziert. Dies ist sehr problematisch, da die Hilfesuchenden aus traumatisierenden Gewaltsituationen flüchten. Eine psychologische Unterstützung ist daher unverzichtbar, zumal die Vermittlung an Psychotherapeutinnen zeitnah meist nicht möglich ist.

Des Weiteren sind über 90 Prozent der Schutzsuchenden Frauen im erwerbsfähigen Alter und fallen damit seit 2005 in der Regel in den

Geltungsbereich des Sozialgesetzbuches (SGB) II. Zur Finanzierung ihres Aufenthalts im Frauenhaus müssen sie Eingliederungshilfe für Arbeitssuchende beantragen, was wiederum mit einer aufwändigen Überprüfung von Erwerbsfähigkeit, Hilfsbedürftigkeit und einer möglichen Anrechnung von Erspartem verbunden ist. Dieses bürokratische Verfahren beeinträchtigt die Chancen von Frauen, ihren gewalttätigen Partner zu verlassen. Nur in wenigen Bundesländern wie Schleswig-Holstein, Hamburg und Berlin ist allen von Gewalt betroffenen Frauen der freie Zugang zu Frauenhäusern unabhängig von Einkommen, Herkunft und Status möglich.

Viele Frauenhäuser sind zusätzlich in ihrer Existenz gefährdet, weil sich Länder und Kommunen zunehmend aus der Finanzierung zurückziehen. Für die Finanzierung der Frauenhausplätze muss eine bundesweit verbindliche Rechtsgrundlage geschaffen werden, die eine einzelfallunabhängige, kostendeckende und verlässliche Finanzierung gewährleistet. Denn auch über 33 Jahre nach Gründung der ersten autonomen Frauenhäuser gilt: Schutz vor Gewalt ist ein allgemeines Menschenrecht! Gewalttätigen Vätern darf weder Umgangs- noch Sorgerecht zugesprochen werden. Jede Frau muss unabhängig von Alter, Schichtzugehörigkeit, Einkommen und Herkunft die Möglichkeit haben, unbürokratisch und kostenlos Zuflucht zu finden. Frauenhäuser müssen deshalb unabhängig vom Einzelfall und der Belegung pauschal finanziert werden!

**Finanzierung muss gesichert werden**

## Bundessozialgericht fällt Grundsatzurteil

## Auch Empfänger von Hartz IV dürfen ihren Wohnort frei wählen

**Wer wohnt nicht gerne in einem schönen, neuen Haus? Wer auf Hartz IV angewiesen ist, hat dabei meist keine Wahlmöglichkeit. Was den Wohnort angeht jedoch schon – so entschied kürzlich das Bundessozialgericht. Ein Empfänger von Hartz IV zog von Bayern nach Berlin. Die Arge wollte die höhere Miete für die Berliner Wohnung nicht vollständig übernehmen. Dagegen erhob der 56-Jährige Klage und bekam Recht.**

Kosten für Unterkunft und Heizung von Hartz-IV-Empfängern werden von den Trägern in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht, soweit sie angemessen sind. Bei einem nicht erforderlichen Umzug wird die Leistung auf die Höhe der bisher erbrachten begrenzt. Damit soll verhindert werden, dass Hilfebedürftige in eine teurere, aber (noch) kostenangemessene Wohnung ziehen. Bei einem Umzug in ein anderes Bundesland dürfen die Unterkunftskosten jedoch nicht auf die bisherige Miete begrenzt werden. Das entschied kürzlich das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel.

## Bundessozialgericht fällt Grundsatzurteil

Ein Empfänger von Arbeitslosengeld II (Hartz IV) zog vom bayerischen Erlangen nach Berlin. Er wollte sich dort als Musiker Arbeit suchen. Die Miete der Berliner Wohnung war jedoch um 100 Euro höher, als die in Erlangen. Die Arge weigerte sich, den erhöhten Mietanteil zu übernehmen. Das BSG widersprach. Es entschied, dass Bezieher von Arbeitslosengeld II trotz entgegenstehenden Gesetzeswortlauts in eine andere Stadt umziehen dürfen, ohne dafür einen „rechtfertigenden Grund“ zu haben. Ein solcher wäre beispielsweise ein Umzug wegen einer neuen Arbeitsstelle oder aus „sozialen Gründen“. Vielmehr sei das Gebot der Freizügigkeit nach dem Grundgesetz zu beachten. Da die Miete auf Berlin bezogen angemessen war, wurde dem Arbeitslosen die vollständige Übernahme zugesprochen (BSG, B4 AS 60/09R).

## Weniger als 246 Euro fürs Wohnen

Die Höhe der Hartz-IV-Leistung für Kosten der Unterkunft variiert innerhalb Deutschlands stark. Beispielsweise betrug laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)



Foto: Philipp Berief / fotolia

**Umzug von Bayern nach Berlin: Das Bundessozialgericht befand, dass auch höhere Kosten für Unterkunft und Heizung vom Amt bezahlt werden müssen, wenn diese laut Mietspiegel angemessen sind.**

der Durchschnitt der Unterkunftsleistungen je Bedarfsgemeinschaft im Dezember 2009 in weiten Teilen Bayerns weniger als 246 Euro. Pro Person gerechnet entspricht dies durchschnittlich 132 Euro. Ähnliche Werte weist zum Beispiel auch Mecklenburg-Vorpommern auf. In Nordrhein-Westfalen liegen die Durchschnittswerte für Unterkunftsleistungen höher: je Bedarfsgemeinschaft zwischen 273 und 440 Euro. Pro Person gerechnet sind das zwischen 145 und 246 Euro.

## Wohnpauschale verstärkt soziale Ausgrenzung

Die großen Unterschiede innerhalb Deutschlands zeigen auch, wie problematisch die Festsetzung einer bundesweiten Wohnpauschale bei Hartz IV wäre. Zuletzt hatte Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der BA, das Thema Wohnpauschale wieder ins Spiel gebracht. Der SoVD kritisiert For-

derungen nach einer Pauschale vehement. Eine Pauschalierung würde die soziale Balance in den Wohnquartieren gefährden. „Viele Hilfebedürftige würden dadurch zum Umzug gezwungen. Dies wiederum wäre auch ein Problem für die Kommunen, die den massiven Zuzug von Hartz-IV-Beziehern auffangen müssten“, betonte SoVD-Präsident Adolf Bauer in einer entsprechenden Pressemitteilung. Die ohnehin bestehende soziale Ausgrenzung und gesellschaftliche Isolation gegenüber Hartz-IV-Empfängern würden durch eine Wohnpauschale verstärkt und auch noch eine räumliche bzw. örtliche Dimension erhalten. Zudem hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Regelsatzurteil der Pauschalierung von Leistungen klare Grenzen aufgezeigt. So könnte eine niedrig angesetzte Pauschale auch verfassungsrechtlich problematisch werden. *cm*

## Preiserhöhungen betreffen Rentner stärker und steigern Armutsrisiko

## Im Alter wird das Leben teurer

**Bereits heute stehen viele im Alter vor dem Problem, mit dem Einkommen nicht auskommen zu können. Eine aktuelle Studie weist darauf hin, dass das Risiko der Altersarmut weiter steigen wird. Preissteigerungen betreffen Rentner stärker als junge Menschen. Dieser Trend soll bis 2030 anhalten – bei sinkenden Renten.**

In den nächsten Jahren wird das Rentenniveau sinken. Dem gegenüber stehen steigende Sozialabgaben, Steuern und Renten-Nullrunden (siehe Seite 3). Zudem schmälert die Inflation die Kaufkraft. Und das bei Rentnern in erhöhtem Maße, wie eine Studie des Deutschen Instituts für Altersvorsorge in Köln kür-

lich belegte. Denn überproportional steigende Preise in den Bereichen Freizeit, Gesundheit und Pflege schmälern das Budget von Rentnern mehr als das junger Menschen. Dieser Trend bei der Preisentwicklung werde sich bis ins Jahr 2030 fortsetzen, so die Wissenschaftler. Die Studie reiht sich in eine Gruppe von

Untersuchungen ein, die steigende Altersarmut prophezeien.

Der SoVD hat bereits im vergangenen Jahr ein Konzept zur Mindestsicherung in der Rente vorgestellt. Die Bundesregierung plant Anfang 2011 eine Regierungskommission zum Problem der zunehmenden Altersarmut einzusetzen. *cm*



Fotos v.l.: Maria.P., Gina Sanders, Alexander Rath/ fotolia

**Preissteigerungen in den Bereichen Freizeit, Gesundheit und Pflege schmälern das Budget von Rentnern.**



## Personalien

**Nedim Bayat** ist neuer Bundesgeschäftsführer des Sozialverband Deutschland (SoVD). Der Diplom-Wirtschaftsingenieur war zuvor Mitglied der Geschäftsleitung des Landessportbundes Berlin und nahm dort die kaufmännische Leitung wahr. Er folgt Gerhard Renner, der die Geschäfte des SoVD bisher interimweise geführt hat. Der 44-Jährige verfügt über umfassende Kenntnisse im Verbandswesen und ist ehrenamtlich engagiert.



Nedim Bayat



## Urteile

## Häufiger Streitpunkt: Wohnkosten bei Hartz IV

**Wann ist eine Miete angemessen? Wie groß darf eine Wohnung sein? Bescheide der Hartz-IV-Träger zu Kosten der Unterkunft sind immer wieder Gegenstand von Klagen vor den Sozialgerichten. Hier einige Beispiele:**

Beanstandet eine Agentur für Arbeit, dass die von einem Bezieher von Hartz IV zu zahlende Miete „zu hoch“ sei, ohne konkret anzugeben, welche Höhe angemessen sei, so hat sie nicht das Recht, nach Ablauf der gesetzten Frist ihre Mietzahlungen zu reduzieren – in diesem Fall um 100 Euro. Das Bundessozialgericht sah in der ersten Mitteilung keine konkrete Verpflichtung des Arbeitslosen, sich um eine günstigere Bleibe zu kümmern. Die Kürzung der Mietzahlung sei nicht rechtmäßig (BSG, B4 AS 78/09R).

## Übernahme der Mietschulden nicht bei unangemessener Höhe

Wenn die Gefahr besteht, dass eine Wohnung wegen aufgelaufener Mietschulden gekündigt wird und dadurch „Wohnungslosigkeit“ droht, können Hartz-IV-Empfänger fordern, dass die Arge die Schulden übernimmt. Das gilt aber nicht, wenn die Miete unangemessen hoch ist. Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen: Ein langfristiger Erhalt zu teuren Wohnungen ist nicht erwünscht. Denn in der Zukunft sei mit neuen Mietschulden und mit einer erneuten Kündigung durch den Vermieter zu rechnen (L 7 B 363/09).

## Die Maklercourtage ist selbst zu bezahlen

Immobilienbesitz kann über ein Maklerbüro verkauft werden. Das gilt selbstverständlich auch für die Hartz-IV-Empfänger. Verkauft ein Betroffener mithilfe eines Maklers sein Haus, um in eine kleinere Wohnung zu ziehen, bekommt er dem Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen zufolge die Maklerkosten nicht ersetzt. Die Courtage für einen Hausverkauf falle nicht unter die Kosten des Umzugs und der Wohnungsbeschaffung, die laut Gesetz zu ersetzen sind (LSG Nordrhein-Westfalen, L 19 AS 61/08). *wb*



Foto: Etz Korn

**Von links: Mondial-Aufsichtsratsvorsitzende Edda Schliepack, Burkhard Prag, Christian von Rumohr und SoVD-Präsident Adolf Bauer.**

## Führungswechsel im SoVD-Hotel Mondial

Christian von Rumohr (40) ist neuer Geschäftsführer im SoVD-Hotel Mondial Berlin. Der diplomierte Hotelbetriebswirt löst Burkhard Prag ab, der in den Ruhestand geht. Prag war seit 1998 Chef im barrierefreien Vier-Sterne-Hotel am Kurfürstendamm und konnte die Belegungsquote erheblich steigern. 2007 wurde ein Spitzenwert von 78 Prozent Auslastung erreicht. Prag war zunächst bei der Senatsverwaltung in Berlin tätig, ab 1984 wirkte er als Geschäftsführer des SoVD-Landesverbandes Berlin. SoVD-Präsident Adolf Bauer und Aufsichtsratsvorsitzende Edda Schliepack dankten Prag für sein langjähriges Engagement.

Der neue Direktor von Rumohr verfügt über 20 Jahre Erfahrung in der Hotellerie und im Hotelmarketing. Er war im Steigenberger Hotel Berlin tätig und danach Teilhaber im Winter's Hotel Berlin. 2009 übernahm er die Direktion des Sorat Hotels in Cottbus, bevor er zum Hotel Mondial des Sozialverband Deutschland wechselte.



## Interview

## Älter werden in Ahlen

Ursula Woltering arbeitet als Sozialplanerin in der Leitstelle Älter werden in Ahlen und hat täglich mit zahlreichen Projekten zu tun, in denen sich ältere Menschen engagieren. Zu ihren Aufgaben gehört unter anderem die Weiterentwicklung der Seniorenarbeit sowie die Förderung ehrenamtlichen Engagements. Darüber hinaus ist die Diplom-Pädagogin Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros.



Ursula Woltering

— Wie würden Sie den Begriff „demografischer Wandel“ mit einfachen Worten umschreiben?

Ich verstehe darunter, dass unsere Gesellschaft sich in ihrer Zusammensetzung verändert. Die Anzahl der Menschen in Deutschland nimmt ab, während wir gleichzeitig älter werden. Wir werden aber auch bunter durch die Menschen, die in anderen Ländern ihre Wurzeln haben. Hier sind nun die Kommunen und damit Sozialplaner wie ich gefragt, diesen Wandel vor Ort zu gestalten.

— Worin sehen Sie konkrete Chancen, vorhandenes Potenzial Älterer für die Gesellschaft zu nutzen?

Ältere Menschen stärker als bisher in das Gemeinwesen einzubinden, ist natürlich ein längerer Prozess. Er gewinnt jedoch zunehmend an Bedeutung, weil man heute nach dem Austritt aus dem Berufsleben eine immer längere Altersphase vor sich hat. Diese Menschen, die häufig gut ausgebildet sind, viel freie Zeit haben und im Alter nach einer sinnvollen Beschäftigung suchen, stellen einen Schatz für jedes Gemeinwesen dar; der bei guten Rahmenbedingungen reiche Früchte tragen kann.

— Da kommt die Leitstelle Älter werden in Ahlen ins Spiel. Altert man denn bei Ihnen anders als in anderen Städten?

Grundsätzlich sicherlich nicht. Die Bevölkerungsstruktur in Ahlen ist jedoch noch immer durch die mittlerweile stillgelegte Zeche sowie durch den Zuzug von Arbeitskräften aus anderen Ländern geprägt. Aufgrund ihrer Bildungs- und Lebensbiographien sind die Menschen in Ahlen sehr unterschiedlich und so gibt es hier die verschiedensten Engagementfelder. Mit einer guten Beratung tragen wir dazu bei, dass jeder Topf seinen Deckel, das heißt das gewünschte Ehrenamt findet.

— Wie und wo werden denn die Ahlener aktiv?

Unsere Sprachpaten und Vorlese-Omas halte ich für ein sehr schönes Projekt, bei dem sich viele ältere Menschen ganz unabhängig von ihrem eigenen Bildungshorizont für Kinder engagieren. Einsatzorte sind Kindergärten und Schulen, wo eine gezielte und sehr liebenswerte Kommunikation zwischen Alt und Jung stattfindet. Davon profitieren sowohl Kinder mit Migrationshintergrund, zum Beispiel beim Deutschlernen, als auch Kinder, die zuhause viel Gleichgültigkeit erfahren und nun bei den Senioren Geborgenheit und Zuwendung erleben können.

— Welchen Wunsch hätten Sie an die politisch Verantwortlichen?

Wir brauchen meiner Ansicht nach eine noch größere Flexibilisierung bei den Leistungen und Angeboten für hilfe- und pflegebedürftige Menschen. Hier muss noch konkreter auf die individuellen Bedürfnisse Betroffener eingegangen werden, etwa bezogen auf individuelle Wohnwünsche. Denn Lebensqualität im Alter macht sich für mich persönlich vor allem daran fest, dass ich möglichst lange selbstbestimmt leben kann und mir so auch die Chance zur sozialen Teilhabe erhalte – etwa indem ich mich ehrenamtlich engagiere.

Interview: Joachim Baars

Zukunftssymposium widmete sich den Beteiligungsmöglichkeiten von Senioren

## Ehrenamtliches Engagement im Alter als gesellschaftliche Chance begreifen

Mehr als 23 Millionen Bürger in Deutschland engagieren sich freiwillig, darunter auch viele ältere Menschen. Angesichts einer steigenden Lebenserwartung dürfte der Anteil der Senioren unter den Ehrenamtlichen weiter steigen – ein Potenzial, von dem die Gesellschaft insgesamt profitieren kann. Unter dem Titel „Perspektiven einer Gesellschaft des langen Lebens“ setzte sich Ende Juni das 2. Zukunftssymposium mit genau diesem Thema auseinander.

Das Zukunftssymposium wird vom Bundesverband Deutscher Stiftungen gemeinsam mit dem Generali Zukunftsfonds veranstaltet und widmet sich dem bürgerschaftlichen Engagement älterer Menschen. Die Verantwortlichen vertreten die Überzeugung, dass eine alternde Gesellschaft neben vielen Herausforderungen auch enorme Gestaltungspotenziale mit sich bringt.

Schon heute engagieren sich Seniorinnen und Senioren in vielfältiger Weise für ihr Umfeld und ihre Mitmenschen. Dabei bringen sie oftmals wertvolle Erfahrungen und individuelle Kompetenzen ein, die letztlich die Gesellschaft insgesamt bereichern. Ein nicht unwichtiger Nebeneffekt: Das Engagement wird von den Ehrenamtlichen selbst auch als eine Steigerung ihrer eigenen Lebensqualität empfunden. Veranstaltungen wie das Kölner Zukunftssymposium sollen deshalb dazu beitragen, einzelne Initiativen zur Stärkung des Seniorenengagements zu bündeln.

Um dies zu erreichen, diskutierten Ende Juni zahlreiche Akteure aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Medien gemeinsam darüber, wie das Bürgerengagement älterer Menschen weiter gestärkt werden könne. In den einzelnen Foren des Fachkongresses wurde eine bunte Palette von Praxisbeispielen vorgestellt, die gezeigt haben, dass



Info

Falls Sie sich für den Bereich bürgerschaftliches Engagement interessieren, können Sie sich an die Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros wenden, Tel.: 0228/61 40 74. Mehr Details finden Sie auch unter [www.seniorenbueros.org](http://www.seniorenbueros.org).

Wenn Sie mehr über die Arbeit der Leitstelle Älter werden in Ahlen erfahren wollen, besuchen Sie die Internetseite [www.senioren-ahlen.de](http://www.senioren-ahlen.de).



Foto: Galina Barskaya/fotolia

Senioren blicken auf die Erfahrungen eines langen Lebens zurück und haben damit gerade jüngeren Generationen viel Interessantes zu bieten.

es schon jetzt auf vielfältige Weise möglich ist, sich einzubringen.

So widmete man sich unter anderem den Möglichkeiten und Grenzen gemeinschaftlicher Wohnprojekte. Diskutiert wurde beispielsweise das Modell einer selbstorganisierten Gemeinschaft, die auf der Grundlage gemeinsamer Aktivitäten und gegenseitiger Unterstützung funktioniert. Solche und ähnliche Projekte, so die einhellige Meinung der Teilnehmer, hätten oftmals über ihre konkreten Hausgrenzen hinweg eine gewisse Vorbildfunktion.

Als vorbildhaft kann auch das Forum verstanden werden, in dem es darum ging, wie die Kompetenzen von Senioren für eine Verbesserung der Lebensqualität und eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts genutzt werden können. Ursula Woltering, Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros, vertrat dabei die Überzeugung, dass ältere Menschen ihr Wissen und ihre Erfahrung äußerst bereitwillig einbringen wollen. Wichtig sei es jedoch, dieses Engagement weniger als eine „Dienstverpflichtung“ zu vermitteln, sondern

vielmehr die Chancen zu betonen, die sich daraus ganz konkret für eine Verbesserung des Lebensalltags ergeben würden.

Einen wichtigen Einschnitt für Berufstätige stellt oftmals der Übergang vom Arbeitsleben in die Zeit der Rente oder Pension dar. Hier, so das Ergebnis einer weiteren

**Engagement sollte nicht als Dienstverpflichtung vermittelt werden**

Diskussionsrunde, seien gerade auch Unternehmen gefordert, ihre Mitarbeiter frühzeitig zu unterstützen und auf ein mögliches bürgerschaftliches Engagement vorzubereiten. Neben einer somit höheren Motivation von Mitarbeitern könne ein Unternehmen so auch vom Kontakt zu Ruheständlern profitieren, auf deren Wissen und Erfahrung man in einzelnen Situationen zurückgreifen könne.

Unabhängig von den konkreten Ergebnissen der Arbeitsgruppen hat das Zukunftssymposium dem bürgerschaftlichen Engagement von Senioren zu mehr Aufmerksamkeit verholfen. Nun ist es an den politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen wie auch an jedem Einzelnen, die Anregungen des Fachkongresses zu nutzen und eventuell sogar selbst aktiv zu werden. job

Am 30. Juni bestimmt die Bundesversammlung den Nachfolger von Horst Köhler

## Wie wird eigentlich der Bundespräsident gewählt?

Am 31. Mai hatte Bundespräsident Horst Köhler seinen Rücktritt mit sofortiger Wirkung erklärt. Nach dem Grundgesetz muss die Bundesversammlung innerhalb von 30 Tagen zusammentreten, um einen Nachfolger zu bestimmen. Doch wie setzt sich diese Bundesversammlung zusammen und wie läuft die Wahl des Bundespräsidenten eigentlich genau ab?

Die Bundesversammlung wird vom Bundestagspräsidenten einberufen, aktuell übt dieses Amt Norbert Lammert (CDU) aus. Er ist dann auch für die Vorbereitung und die Durchführung der Versammlung zuständig, deren einzige Aufgabe die Wahl des Bundespräsidenten ist.

Die 14. Bundesversammlung tritt am 30. Juni zusammen. Sie setzt sich aus insgesamt 1244 Mitgliedern zusammen, die zu gleichen Teilen Mitglieder des Deutschen Bundestages (MdB) sowie Delegierte der Landesparlamente sind. Die Vertreter der Länder teilen sich gemäß der jeweiligen Einwohnerzahl auf. Die meis-

ten Vertreter entsendet demnach Nordrhein-Westfalen in die Bundesversammlung (133), während aus Berlin lediglich 25 Stimmen kommen. Die Vertreter selbst werden nach Vorschlagslisten gewählt, sie müssen selbst nicht zwingend Landtagsabgeordnete sein.

Obwohl das Stimmverhalten der einzelnen Mitglieder der Bundesversammlung nicht mit absoluter Sicherheit vorhergesagt werden kann, ist von einer deutlichen Mehrheit der die Bundesregierung stützenden Koalition aus CDU, CSU und FDP auszugehen. Diese würde demnach in der 14. Bundesversammlung mit

644 von 1244 Sitzen über eine absolute Mehrheit verfügen.

Einzelheiten der Wahl regelt das Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung, das sich auf Art. 54 Abs. 7 Grundgesetz stützt.

Was die Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten angeht, so müssen diese über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügen, das Wahlrecht zum Bundestag besitzen und das 40. Lebensjahr vollendet haben. Die Amtszeit des Bundespräsidenten beträgt fünf Jahre, eine anschließende Wiederwahl ist nur einmal zulässig. job



Foto: max/fotolia

Ins Berliner Schloss Bellevue, dem Amtssitz des Bundespräsidenten, zieht ab dem 1. Juli ein neuer Mieter ein. Wer dies sein wird, darüber entscheidet die 14. Bundesversammlung.

Fälle aus der Praxis der Unabhängigen Patientenberatung

# Nebenwirkungen von Medikamenten: Keine Angst vorm Beipackzettel!

**Wer von seinem Arzt ein Medikament verschrieben bekommt, wird als aufgeklärter Patient zunächst den Beipackzettel studieren. Dieser kann jedoch abschreckend wirken, reihen sich doch zumeist zahlreiche mögliche Nebenwirkungen aneinander. Immer mehr verunsicherte Patienten suchen daher Rat bei der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD), wie der folgende Fall belegt.**

Die Ärztin von Sonja S. stellt bei ihr einen hohen Blutzuckerwert fest und verschreibt ihrer Patientin ein Medikament. Frau S. kommen nach dem Lesen der Packungsbeilage jedoch Bedenken, denn dort werden Nebenwirkungen wie Gelbsucht und schwere Stoffwechselfstörungen aufgeführt – was tun?

Die Mitarbeiterin der UPD-Beratungsstelle Bremen, Martina Münzer, ordnet die Warnungen ein: „Die Hersteller von Medikamenten sind in Deutschland verpflichtet, alle Nebenwirkungen, auch wenn sie noch so selten sind, im Beipackzettel aufzulisten.“ Wichtig bei der Bewertung sei dabei die Häufigkeit der unerwünschten Wirkungen. Die Angabe „sehr häufig“ bedeutet zum Beispiel, dass die Beschwerden bei mehr als einem von zehn Patienten auftreten. Die Nebenwirkungen, die Frau S. verunsicherten, sind allerdings „sehr selten“. Das heißt, weniger als einer von 10000 Behandelten ist davon betroffen.



Foto: Peter Maszlen / fotolia

**Auf bekannte Nebenwirkungen von Medikamenten wird im Beipackzettel hingewiesen. Davon sollte man sich jedoch nicht sofort abschrecken lassen, zumal jeder Mensch anders auf bestimmte Wirkstoffe reagiert.**

„Oftmals ist das Risiko für Komplikationen durch eine unbehandelte Erkrankung größer als das Risiko durch mögliche Nebenwirkungen“,

sagt Jane Schröder vom Arzneimittelberatungsdienst der Unabhängigen Patientenberatung. So steigt etwa bei einem langfristig hohen Blutzuckerwert die Gefahr, dass ein Herzinfarkt, ein Schlaganfall oder Probleme mit der Durchblutung auftreten.

Frau S. hat sich inzwischen für eine Therapie mit dem Medikament entschieden. In den ersten Tagen der Behandlung litt sie an leichter Übelkeit und an Appetitlosigkeit. Mittlerweile bemerkt sie indes keine unerwünschten Wirkungen mehr. Ihr Blutzuckerwert hat sich deutlich verbessert.

## **i** Info

Wenn Sie hinsichtlich möglicher Nebenwirkungen Ihres Medikamentes unsicher sind, sprechen Sie Ihren Arzt darauf an und scheuen Sie nicht davor zurück, Fragen zu stellen. Lassen Sie sich am besten die konkreten Vor- und Nachteile einer Therapie erläutern. Setzen Sie aber auf keinen Fall Ihre Medikation ohne ärztliche Rücksprache ab!

Im Zweifelsfall können Sie sich auch an die UPD wenden, die eine bundesweite Beratung anbietet. Die kostenfreie Rufnummer 0800/0117722 ist von Montag bis Freitag zwischen 10 und 18 Uhr erreichbar.

Verursacher der Krise sollten stärker zur Verantwortung gezogen werden

# SoVD Jugend kritisiert Auswirkung geplanter Kürzungsmaßnahmen

**Wie nicht anders zu erwarten, müssen für das angekündigte Sparpaket der Bundesregierung die Schwächsten in unserer Gesellschaft den Herkulesanteil der Haushaltssanierung schultern. Dagegen wird den Verursachern der gegenwärtigen Krise nur ein Minimalbeitrag zur Schuldentilgung abverlangt.**

Die Streichung des Beitrages zur Rentenversicherung für Empfänger von Arbeitslosengeld (ALG) II hätte weitreichende Folgen. Denn die Kosten für die Grundsicherung von Menschen mit niedriger Rente müssen von den Kommunen beglichen werden. Diese haben aber schon jetzt nur geringe finanzielle Mittel zur Verfügung. Was dies für die Ausstattung von Schulen, Jugendeinrichtungen und Kindergärten bedeutet, ist absehbar: Es wird an diesen für die Zukunft wichtigen Institutionen gespart werden. Dabei warten gerade hier entscheidende Aufgaben was die Umsetzung einer inklusiven Gesellschaft in Deutschland betrifft. Hierzu hat sich die Bundesregierung mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention jedoch verpflichtet.



Die Streichung des Elterngeldes für ALG-II-Empfänger wird zudem die bereits jetzt skandalös hohe Kinderarmut in Deutschland weiter verschärfen. Die Chancen für die Zukunft von Kindern aus sozial benachteiligten Familien werden weiter sinken.

Dass bei der Eingliederungshilfe für Langzeitarbeitslose gestrichen werden soll, bedeutet für viele Mitglieder der SoVD Jugend einen

erheblichen Rückschritt. Gerade junge Menschen mit Behinderung sind hiervon betroffen. Sie haben schon stark unter den Folgen der Wirtschaftskrise gelitten und würden durch diese Maßnahme doppelt bestraft. Erstes Ziel einer in die Zukunft gerichteten Arbeitsmarktpolitik muss die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt sein. Einsparungen würden jungen Menschen mit Behinderung dagegen nachhaltig die Zukunft verbauen.

Die SoVD Jugend fordert, dass die Verantwortlichen der Finanzkrise zur Rechenschaft für ihre Verfehlungen gezogen werden. Die Lasten der Verschuldung müssen viel stärker von den Wohlhabenden in Deutschland getragen werden. Eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Erbschaftssteuer wären erste Schritte in die richtige Richtung. Auch eine direkt dem Haushalt zukommende Finanztransaktionssteuer würde nach dem Verursacherprinzip Wirkung entfalten. Die schwachen Mitglieder der Gesellschaft sowie die kommenden Generationen würden so von den Grausamkeiten des Sparpaketes verschont bleiben.

## Aufbruch-Veranstaltung

Vorankündigung: Am 11. September wird es in der Bundesgeschäftsstelle des SoVD wieder eine „Aufbruch-Veranstaltung“ geben. Inhaltlich soll es dabei um das Thema Behinderung und Sexualität gehen. Nähere Informationen werden noch bekannt gegeben.

Marlies Volkmer (SPD) kritisierte Untätigkeit

# Zukünftige Finanzierung der UPD weiterhin ungeklärt

**Am 31. Dezember dieses Jahres läuft die Modellphase der Unabhängigen Patientenberatung in Deutschland (UPD) aus. Über deren weitere Finanzierung hat der Bundestag noch nicht entschieden.**

Ursprünglich sollte noch vor der Sommerpause über die künftige Finanzierung der UPD entschieden werden. Hierfür hatte sich auch der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Wolfgang Zöller, eingesetzt. Die stellvertretende gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Marlies Volkmer, hält dies jedoch für ausgeschlossen. Anlässlich einer Beratung des Gesundheitsausschusses des Bundestages wies sie darauf hin, dass bisher noch nicht einmal ein Eckpunktepapier vorliege. Dies, so Volkmer, sei ein schlechtes Signal für die Patientinnen und Patienten.

Bundesweites Service-Telefon auch für Hörbehinderte

# Eine Nummer für alles: 115

**Wo kann ich mein Auto anmelden? Bekomme ich Elterngeld? Wie melde ich ein Gewerbe an? Antworten auf diese und andere Fragen erhalten Bürger unter der Telefonnummer 115 – nun auch über das Gebärdentelefon.**

Bundesweit gibt es heute geschätzt 20000 Behörden. Durch einen Anruf bei der 115 entfällt die Recherche nach der jeweils zuständigen. Bundesweit gehen monatlich über 150000 Anrufe bei den Servicecentern ein. Zu den am häufigst nachgefragten Themen gehören unter anderem Elterngeld, Reisepass, Führerschein, Schwerbehindertenausweis und KFZ-Zulassung.

Vor Kurzem startete das 115-Gebärdentelefon. Damit steht der 115-Service auch Menschen mit Hörbehinderung zur Verfügung. Der Zugang erfolgt über Videotelefonie. Der Nutzer benötigt dazu einen internetfähigen Computer oder ein Videotelefon. „Das 115-Gebärdentelefon ist ein beispielgebender Beitrag dazu, dass Menschen mit Behinderung selbstverständlich dazugehören“, so Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen. Das Projekt 115 befindet sich derzeit im Pilotbetrieb. Teilnehmende Kommunen sind auf [www.d115.de](http://www.d115.de) aufgelistet. Die Bundesregierung beschloss kürzlich, die vollständige Angliederung der Bundesverwaltung an 115 bis Ende 2011. Damit stehen künftig unter der Servicenummer bürger- und unternehmensrelevante Themen aller Bundesbehörden zur Verfügung.



Foto: fotofrank / fotolia

## **i** Info

115 steht von Mo. bis Fr. von 8 bis 18 Uhr zur Verfügung. Kosten: 7 bis 14 Cent aus dem Festnetz, 17 Cent bis maximal 50 Cent aus dem Mobilfunk.

**Das 115-Gebärdentelefon gibt Auskunft zu Leistungen der öffentlichen Verwaltung. Die auf dem Foto gezeigte Gebärde bedeutet „Glück“.**

11

Juli

Weltbevölkerungstag

**2,6 Menschen pro Sekunde**

Der Datenreport 2009 der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung enthält folgendes Beispiel: Wäre die Welt ein Dorf mit 100 Einwohnern, dann wären davon 15 Afrikaner, 5 Nordamerikaner, 11 Europäer, 9 Lateinamerikaner und 60 Asiaten. Im Dorf gäbe es 27 Kinder unter 15 Jahren, 8 Menschen wären älter als 65. Die Aufteilung der Männer und Frauen wäre 50:50. Die Frauen bekämen im Durchschnitt 3 Kinder. 15 Menschen hätten keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser: 48 der Dorfbewohner müssten von weniger als 2 Euro pro Tag leben. Im Jahr 2050 würden 138 Menschen im Dorf leben.

Legt man diese Zahlen auf die derzeitige Weltbevölkerung von mehr als 6,87

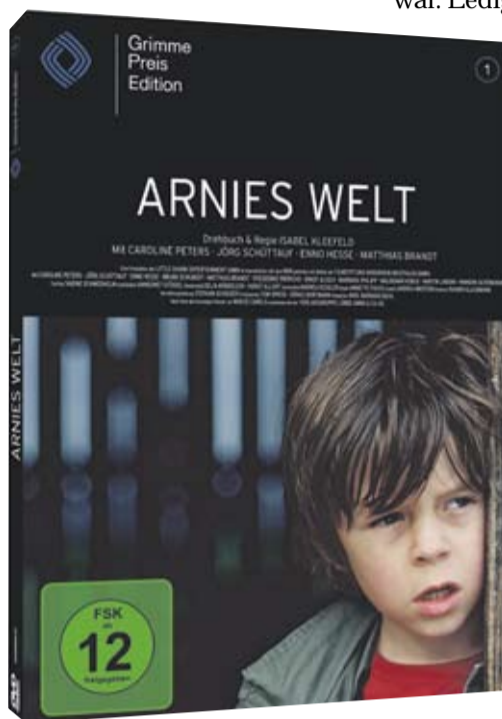
Milliarden Menschen um, wird die Problematik rasch deutlich. Der jährliche Zuwachs entspricht der Bevölkerung Deutschlands – etwa 80 Millionen. Das heißt, pro Sekunde kommen 2,6 Erdenbürger hinzu; die meisten von ihnen in Entwicklungsländern. Der rasante Zuwachs wird auf [www.dsw-online.de](http://www.dsw-online.de) eindrücklich dargestellt. Wie an einer Tank-Zapfsäule sieht man die Zähler rasch nach oben gehen. Laut Berechnungen der UNO werden es 2050 bereits 9 Milliarden sein.

In welchen Umständen werden diese Menschen leben? Und was sind die Auswirkungen auf unseren Planeten? Darauf Antworten und vor allem Lösungen zu finden, ist wohl eine der größten Herausforderungen der Menschheit. *cm*

## Filmtipp

### Arnies Welt Grimme-Preis-Edition

Ein junger Polizist kommt bei einem Autounfall in der Eifel ums Leben. Hat wirklich ein Reh den Unfall verursacht? Auch Kommissar Bäumer scheint etwas verbergen zu wollen. Noch ahnt in der provinziellen Kleinstadt niemand, dass ausgerechnet ein Kind Augenzeuge des Geschehens war. Lediglich der Frau des Kommissars



dämmert langsam, dass der siebenjährige Arnie weiß, was wirklich vorgefallen ist. Wohl zu spät, denn plötzlich ist der kleine Junge spurlos verschwunden, und alles deutet darauf hin, dass jemand den lästigen Zeugen aus dem Weg räumen will.

Die Grimme-Preis-Edition veröffentlicht deutsche Fernsehfilme, die mit dem renommierten Adolf-Grimme-Preis ausgezeichnet wurden. Ebenfalls erhältlich: „Dr. Knock“ und „Grüße aus Kaschmir“.

Arnies Welt, 1 DVD, ab 12 Jahren, 20,99 Euro.

**Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges insgesamt 3 DVDs des vorgestellten Films aus der Grimme-Preis-Edition. Schicken Sie hierfür einfach eine E-Mail an: [filmtipp@sovd.de](mailto:filmtipp@sovd.de) bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abteilung Redaktion, Stichwort „Arnies Welt“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Juli.**

## Nachgedacht

„Ich hatte noch nie Streit mit meiner Frau.  
Bis auf das eine Mal, als sie mit aufs Hochzeitsfoto wollte.“

Mehmet Scholl

Variante: LEICHT

8						6	9	1
	○		1		8			
1				9	2			8
4	5	6						7
7		2		8	○	9		6
	8					4	5	3
	4		3	2				8
			4		7		○	
2	6	7						4

Auflösung des Vormonats

8	2	9	1	6	3	4	5	7
4	7	3	5	2	9	6	1	8
5	6	1	8	4	7	9	2	3
7	1	2	6	5	8	3	9	4
6	9	8	2	3	4	1	7	5
1	3	4	7	9	2	5	8	6
3	4	5	9	7	1	8	6	2
1	3	4	7	9	2	5	8	6
2	8	6	3	1	5	7	4	9
9	5	7	4	8	6	2	3	1

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

055

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Variante: MITTEL

1	9					8	6	
7			2	○	1			
3	5					4		
9			8			5		
	○		1	6	9			
		6			5			3
		5				3	2	
			7	2		○	4	
	8	9				7	5	

Auflösung des Vormonats

7	9	3	5	2	1	6	4	8
1	4	6	7	8	3	2	9	5
5	8	2	9	6	4	7	1	3
2	6	5	4	3	7	1	8	9
4	1	8	6	9	2	5	3	7
9	3	7	8	1	5	4	6	2
3	5	4	1	7	9	8	2	6
6	2	1	3	5	8	9	7	4
8	7	9	2	4	6	3	5	1

Um eines von drei Büchern zu gewinnen, senden Sie eine Postkarte mit den gesuchten, eingekreisten Zahlen (in der Reihenfolge von oben nach unten) an: SoVD, Stichwort: SoVD-Sudoku, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: [sudoku@sovd.de](mailto:sudoku@sovd.de). Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben! Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.



## Mit spitzer Feder

### Cartoons von Phil Hubbe



## Gesund werden – gesund bleiben

### Bei Hitze braucht der Körper Flüssigkeit

Hat der Sommer auch zunächst auf sich warten lassen, stehen uns nun jedoch einige heiße Tage ins Haus. Damit Ihr Kreislauf vor hohen Temperaturen nicht kapituliert, sollten Sie einige Dinge beachten. Am wichtigsten dabei ist eine deutlich erhöhte Aufnahme von Flüssigkeit.

Die einen freuen sich, dass der Sommer endlich da ist, die anderen – vielfach ältere Menschen – leiden unter den Auswirkungen der hohen Temperaturen. Hilfe verspricht ein Blick über die Grenze zu unseren südeuropäischen Nachbarn, die um die Mittagszeit jede Anstrengung vermeiden. Wer keine Siesta (Mittagsruhe) einlegen kann, sollte während der heißesten Stunden des Tages zumindest die Sonne meiden. Sind Sie es beispielsweise gewohnt, Ihre Einkäufe tagsüber zu erledigen, sollten Sie dies im Sommer besser auf die frühen Abendstunden verschieben.



Foto: luminis/fotolia

**An heißen Tagen benötigen wir viel Flüssigkeit, eiskalte Getränke belasten den Körper jedoch eher.**

Achten Sie auch darauf, was Sie einkaufen. Für ausreichend Getränke sollte dabei in jedem Fall gesorgt sein. Auch bei der Ernährung lohnt der Blick Richtung Süden. Dort werden weder eiskalte Getränke noch heiße Speisen serviert. Beides bringt den Körper nur noch stärker ins Schwitzen. Stattdessen empfiehlt sich Buttermilch oder eine leicht gekühlte Suppe (Gazpacho), die den Salz- und Mineralverlust wieder ausgleicht. Wer es nicht schafft, im Tagesverlauf ausreichend viel zu trinken, kann auf Salat oder Melonen ausweichen, die überwiegend aus Wasser bestehen.



## Stimmt es eigentlich, dass...

### ... man Blumen schräg anschneiden sollte?

Wer seine eigene Wohnung mit Schnittblumen verschönert, möchte natürlich auch möglichst lange Freude an ihnen haben. Aber muss beim Anschneiden wirklich eine bestimmte Technik berücksichtigt werden, damit das Grünzeug besser mit Nährstoffen versorgt wird?

Den Rat, Schnittblumen immer schräg anzuschneiden, bevor man sie in die Vase stellt, findet man auf vielen Internetseiten mit Haushaltstipps. Argumentiert wird meistens so: Durch den schrägen Schnitt werde die Fläche größer, über welche die Stängel Wasser und Nährstoffe aufnehmen, und die Blume halte daher länger.

Das sei Unsinn, sagt Sarka Spinarova vom Fachgebiet Zierpflanzenbau der Forschungsanstalt Geisenheim. Die Zahl der offen gelegten Kanäle, mit denen die Pflanze Wasser aufnehmen kann, sei beim schrägen Schnitt exakt dieselbe wie beim geraden. Der Tipp habe einen anderen Hintergrund: Wenn man harte, holzige Stiele schräg mit dem Messer schneidet, dann erfordere das weni-

ger Kraftaufwand als beim geraden Schnitt – ein Argument insbesondere für zart gebaute Floristinnen.



Foto: kyken/photocase

**Schräg oder gerade? Am längsten leben Blumen ohne jeden Schnitt.**

Daher kommt wohl auch diese Variante des Tipps, den man manchmal lesen kann: Harte Stängel schräg abschneiden, weiche Stängel gerade.

Für die Haltbarkeit ist das aber alles unwichtig. Auch das Argument, gerade abgeschnittene Blumen würden flach auf dem Vasenboden stehen und so die Kanäle blockieren, lässt die Blumenforscherin nicht gelten, so exakt stünde keine Blume auf dem Boden auf. Wichtig sei hingegen, ein möglichst scharfes Messer oder eine Spezialschere zu verwenden, damit die feinen Adern nicht gequetscht werden. Dabei sollte man mindestens drei Zentimeter abschneiden und dann die Blumen schnell in die Vase stellen, damit keine Luft in die Pflanzenkanäle eintritt.

cd

Vorname der Schöneberger	Prachtstraße (franz.)	Hauptstadt in Europa	Leuchtfener (seemann.)	erschöpft	männl. Blutsverwandter	Schweden in der Landessprache	Abk.: ohne Verzug	ugs.: faulenz	ergeben	Gesellschaftsschicht	Rest im Glas	Paradiesgarten
Maßeinheit der elektr. Spannung						mitteldeutsche Landschaft				Hirnstrombild (Abk.)		weibl. Kosenamen
Ergebnis	deutscher Comedian (Dieter)	Zarenherrschaft				auf-takeln (Schiffe)	Stadt auf Sizilien			Zündschmur	besitzanzeig. Fürwort	
rastlos, ruhelos							Schlemmer	tropisches Harz				
			Kloß (süddt.)		hell tönend, schrill			Prunkwagen	niederdt.: Eule	Abk.: Deutsche Eislauf-Union		süd-deutsch ugs.: zu Ende
weidm.: frisch gefall. Schnee	Buch über Umgangsformen	gescheit, weise				ohne Kenntnis						
Baumwipfel					süd-amerik. Gebirge	Ergebnis, Wirkung	Stadt im Sauerland			besitzanzeigendes Fürwort		
ugs.: zittern	dt. Schriftstellerin (Sibylle)	franz. Landschaft	Herlieferung									
					Abk.: Orientierungslauf		Tennis: Punkt mit dem Aufschlag	<b>AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS</b> ■ S ■ I ■ G ■ E ■ R ■ H ■ A ■ I ■ D ■ E ■ Z ■ I ■ M ■ U ■ R ■ A ■ A ■ M ■ B ■ O ■ O ■ ■ T ■ I ■ G ■ E ■ R ■ H ■ A ■ I ■ D ■ E ■ Z ■ I ■ M ■ U ■ R ■ A ■ A ■ M ■ B ■ O ■ O ■ ■ K ■ A ■ N ■ A ■ G ■ E ■ W ■ A ■ L ■ T ■ E ■ I ■ E ■ N ■ G ■ R ■ A ■ M ■ A ■ B ■ I ■ M ■ ■ E ■ M ■ S ■ E ■ A ■ I ■ S ■ Z ■ E ■ N ■ E ■ R ■ I ■ F ■ L ■ I ■ S ■ I ■ ■ L ■ A ■ M ■ E ■ S ■ P ■ L ■ A ■ F ■ T ■ E ■ I ■ G ■ I ■ E ■ I ■ ■ A ■ N ■ T ■ E ■ S ■ P ■ R ■ A ■ E ■ F ■ T ■ E ■ I ■ G ■ I ■ E ■ I ■ ■ T ■ O ■ M ■ B ■ O ■ L ■ A ■ D ■ A ■ M ■ I ■ T ■ ■ L ■ E ■ M ■ B ■ O ■ L ■ A ■ D ■ A ■ M ■ I ■ T ■ ■ P ■ R ■ E ■ M ■ I ■ E ■ R ■ U ■ N ■ T ■ ■ B ■ E ■ I ■ R ■ U ■ T ■ I ■ L ■ L ■ E ■ ■ F ■ E ■ D ■ E ■ R ■ N ■ L ■ I ■ L ■ E ■ O				
männl. Vorname					Stadt in Texas							
ausgebratener Speckwürfel						Abformung v. Figuren						
Saugwurm					starke Feuchtigkeit							

161

Allheilmittel (1-13)

## Buchtipps

# Tessa Hennig: Mutti steigt aus

Maria, Elke und Sigrun sehen sich keinesfalls auf der Warteliste für ein Altersheim. Die drei eingeschworenen Freundinnen haben ganz andere Pläne: Gran Canaria, das Rentnerparadies, wartet auf sie. Ausgerüstet mit ihrer Rente und dem Traum vom eigenen Haus setzen sie sich ins Flugzeug. Eines haben sich die drei dabei fest vorgenommen: Männerfreie Zone! Kein Wunder, denn Maria will ihrem verstorbenen Gatten für immer treu bleiben, Elke hat vom anderen Geschlecht ohnehin die Nase voll, und für Sigrun sind die Herren der Schöpfung die schlechteren Frauen. Doch dann hält die Insel nicht nur in Sachen Männer so manche Überraschung für sie bereit...



Tessa Hennig: Mutti steigt aus. List Taschenbuch, 352 Seiten, ISBN: 978-3-5486-0967-6, 8,95 Euro

**Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges drei Exemplare des Buches. Schicken Sie hierfür einfach eine E-Mail an: [buchtipps@sovd.de](mailto:buchtipps@sovd.de) bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abteilung Redaktion, Stichwort „Mutti steigt aus“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Juli.**

Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.  
 Das Lösungswort zum Gewinnen wertvoller Buchpreise bitte einsenden an:  
 SoVD, Stichwort: „Kreuzwörterrätsel“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: [kreuzwortraetsel@sovd.de](mailto:kreuzwortraetsel@sovd.de). Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!

## Frage des Monats

Im Juni haben wir gefragt, ob Sie nach der überzeugenden Leistung unserer Nationalmannschaft im Jahr 2006 an einen Titelgewinn der Deutschen in Südafrika glauben. Die Mehrheit (62 Prozent) zeigte sich skeptisch, während knapp jeder Dritte (38 Prozent) Löws Mannschaft den Sieg zutraute.

**Die Frage des Monats Juli lautet: In Deutschland engagieren sich rund 23 Millionen Menschen ehrenamtlich. Viele SoVD-Mitglieder bringen sich über den Verband hinaus ebenfalls in ihrer Freizeit ein. Haben Sie bereits ein Ehrenamt übernommen oder planen Sie, dies zu tun?**

An unserer Umfrage können Sie sich ganz einfach beteiligen: Besuchen Sie unsere Homepage [www.sovd.de](http://www.sovd.de) und klicken Sie auf der rechten Seite auf „Frage des Monats“. Dort können Sie auch eine Antwort frei formulieren. Die Redaktion wertet diese aus und bemüht sich, sie in ihre Berichterstattung einfließen zu lassen.

## Bundesschatzmeisterin

### Augen auf beim „Last-Minute-Urlaub“

Wer seinen Sommerurlaub kurzfristig bucht, kann unter Umständen eine Menge Geld sparen. Doch gerade bei Sonderangeboten ist Vorsicht geboten: Bei sogenannten Last-Minute-Angeboten sollten Sie in jedem Fall Preise und Bedingungen vergleichen!

Verbraucherschutz weisen immer wieder darauf hin, dass die Bezeichnung „Last Minute“ nur auf Reisen zutrifft, die vom Katalogpreis her um mindestens zehn Prozent reduziert sind und höchstens zwei Wochen vor Reiseantritt gebucht werden können. Gerade bei vermeintlichen Schnäppchen sollte man jedoch wachsam sein und überprüfen, ob eigentlich selbstverständliche Leistungen (zum Beispiel die Verpflegung bei Pauschalreisen oder auch der Transfer zum Hotel) bereits enthalten sind.



Foto: giftgruen/photocase

**Auch wer seinen Urlaub kurzfristig bucht, muss sich eine schlechte Unterbringung nicht bieten lassen.**

Vorsicht ist auch bei der Beschreibung der Unterkunft geboten. Der Standard des Hotels an sich sagt wenig über die konkrete Lage und Ausstattung Ihres Zimmers aus. Im Zweifelsfall sollten Sie also bereits bei der Buchung nachfragen. Lassen Sie sich nichts vormachen: Auch bei Last Minute besitzen Sie ein uneingeschränktes Recht auf Reklamation.  
**Ihre Ingeborg Saffe, Bundesschatzmeisterin**

## Gewinner des Monats Juni

Die Redaktion der SoVD-Zeitung gratuliert allen Genannten zu ihrem Gewinn! Die Namen werden in der gedruckten Fassung der SoVD-Zeitung veröffentlicht. Der Versand der Gewinne erfolgt wenige Tage nach Erscheinen der aktuellen Ausgabe.

**Kreuzwörterrätsel**  
 Johannes Diedrichs (Sommerland)  
 Inge Buntenbach (Monheim)  
 Herbert Staub (Stuttgart)

**Sudoku**  
 Maja Thierbach (Schwentinental)  
 Horst Reichpietsch (Gelsenkirchen-Resse)  
 Margit Schliffkowitz (Bad Salzfluren)

**Hörbuchtipps (Hermann Hesse)**  
 Brunhilde Schoy (Bisingen)  
 Andree Schulze (Königssee/Thüringen)  
 Friederike Naske (Bramsche)

**Filmtipp (Wanninger)**  
 Ilona Anhalt (Rhumspringe)  
 Hans Geiß (Hockenheim)  
 Kurt Hellwig (Magdeburg)

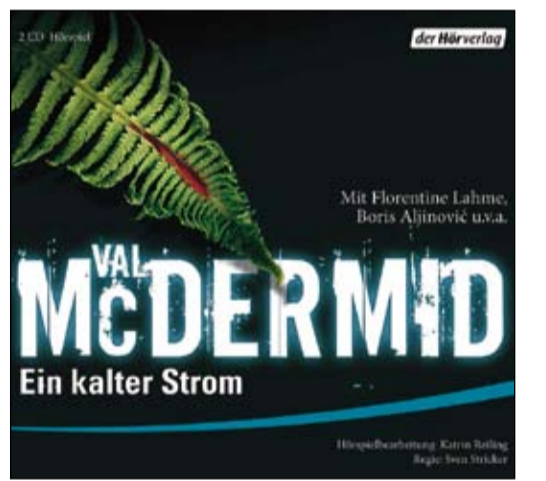
**Filmtipp (Pilates)**  
 Wolfgang Martin Thikian (Dortmund)  
 Adelheid Wufka (Marburg/Lahn)  
 Berthold Kub (Koblenz)

**Buchtipps (Fußballprofi)**  
 Daniel Reinke (Elmshorn)  
 Hans Heuer (Hamburg)  
 Simon Kallmeyer (Paderborn)

## Hörbuchtipps

### Val McDermid: Ein kalter Strom

Ein Psychopath, der als Kind von seinem Großvater schwer misshandelt wurde, quält aus Rache seine Opfer und ertränkt sie anschließend. Der Profiler Tony Hill soll den Wahnsinnigen aufspüren und gerät dabei selbst ins Visier des Serienmörders. Zur gleichen Zeit ist Kommissarin Carol Jordan einem internationalen Drogenring auf den Fersen. Das Ermittlerduo stößt bei seinen Nachforschungen in ein Nest aus Korruption, Grausamkeit und Gewalt.



Düstere Musik und glaubhafte Sprecher bieten bei diesem Hörspiel spannende Unterhaltung – vorausgesetzt, man hat sich das Kauen an den Fingernägeln nicht gerade erst abgewöhnt.

Val McDermid: Ein kalter Strom. Der Hörverlag, 2 CD (117 Minuten), ISBN: 978-3-86717-484-8, 19,95 Euro.

**Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges drei Hörspiele. Schicken Sie eine E-Mail an: [buchtipps@sovd.de](mailto:buchtipps@sovd.de) bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abteilung Redaktion, Stichwort „Ein kalter Strom“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Juli.**

Für Anzeigen oder Werbebeilagen ist diese Zeitung lediglich Werbeträger. Eine Empfehlung des SoVD für die vorgestellten Produkte ist damit nicht verbunden (Ausnahme: Eigenanzeigen des SoVD).

Internet ([www.sovd.de](http://www.sovd.de)): Geschichte des Sozialverband Deutschland / Sozialpolitik / Verbands-Dienstleistungen / Pressemeldungen / Wie werde ich Mitglied? E-Mail: [kontakt@sovd.de](mailto:kontakt@sovd.de)

**Impressum**  
 Die SoVD-Zeitung des Sozialverband Deutschland (SoVD) erscheint am 1. eines jeden Monats. Herausgeber: Bundesvorstand des Sozialverband Deutschland e. V. – ehemals Reichsbund, gegründet 1917 – Sitz: Berlin. – Redaktion: Veronica Sina (verantwortlich), Joachim Baars, Cornelia Moosbrugger; Grafik / Bildbearbeitung: Steffi Rose; Redaktionsassistentin: Roswitha Moldenhauer; Sitz: Stralauer Straße 63, 10179 Berlin (Berlin-Mitte, Rolandufer / Jannowitzbrücke), Tel.: 030 / 72 62 22-0, Fax: 030 / 72 62 22-145. Internet-Adresse: [www.sovd.de](http://www.sovd.de). – E-Mail: [redaktion@sovd.de](mailto:redaktion@sovd.de). Die mit vollem Namen oder Verfasserzeichen veröffentlichten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Unverlangt eingesandene Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Der Bezugspreis wird im Rahmen des Verbandsbeitrages erhoben. Anzeigenverwaltung: U. Struckmeyer, Postfach 1266, 27723 Worpswede, Tel.: 04792 / 22 16, Fax: 04792 / 35 30. Zurzeit gilt der Tarif Nr. 30 vom 1. 1. 2006. Verlag: Publikom Z Verlagsgesellschaft mbH, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel. Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel. Verbreitete Auflage, IVW, 1. Quartal 2010: 399 014 Exemplare.



## Landesverbände in den neuen Bundesländern

# Jubiläumsjahr 2010: 20 Jahre SoVD in den neuen Bundesländern

„Wir sind das Volk!“ – dieser Satz der demonstrierenden DDR-Bürger wurde berühmt. Die friedlichen, aber machtvollen Demonstrationen leiteten das Ende der DDR ein. Am 9. November 1989 fiel die Mauer. Die Bilder der strahlenden Gesichter der unzähligen „Grenzgänger“ gingen um die Welt. Es war auch ein Freudentag für den SoVD, denn damit war der Weg frei, den Verband auch im Osten zu etablieren. Dem großartigen Einsatz vieler Helfer ist es zu verdanken, dass dieses Jahr bereits das 20-jährige Bestehen gefeiert werden kann.

## Grußwort

„Im Jahr 1989 war ich Ortsvorsitzender in Westerstede. Ich habe mir damals nicht vorstellen können, dass die Öffnung der Grenze zwischen Ost und West so kurz bevorsteht. Umso größer war die Freude, als am 9. November das jahrelang unmöglich Scheinende doch Wirklichkeit wurde. Damit war auch für den SoVD, damals noch Sozialverband Reichsbund, der Weg frei, sich in den neuen Bundesländern zu etablieren. Es war ein steiniger Weg. Viele engagierte Mitglieder haben die Herausforderung dennoch aufgenommen. Bereits 1990 wurden die neuen Landesverbände gegründet. Viele neue Mitglieder wurden aufgenommen. Bald darauf wurden auch erste Erfolge erzielt. Beispielsweise ist die Übertragung des Bundesversorgungsgesetzes auf die neuen Bundesländer maßgeblich auf den Einsatz des Sozialverband Reichsbund zurückzuführen. Einer der größten Erfolge war die vor dem Bundesverfassungsgericht erwirkte Angleichung der ostdeutschen Kriegsoffer-Grundrenten an die in Westdeutschland gezahlten, für die das damalige Bundesvorstandsmitglied Fritz Schumann viele Jahre mit Überzeugung, Herz und Einsatz kämpfte. Heute macht sich der SoVD für eine gerechte Rentenangleichung in den neuen Bundesländern stark. Vor wenigen Wochen wurden dazu über 70 000 Unterstützungs-Unterschriften an das Bundesarbeitsministerium übergeben. Das 20-jährige Jubiläum ist Anlass, mit Stolz auf das Geleistete zurückzublicken und gleichzeitig die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft im Blick zu behalten. 20 Jahre nach der Gründung steht der SoVD in den neuen Bundesländern vor großen Herausforderungen. Sinkende Mitgliedszahlen schwächen die Position des Verbandes und damit auch die Attraktivität für neue Mitglieder und den politischen Einfluss vor Ort. Viele engagierte Kreis- und Ortsverbände leisten vorbildliche Arbeit, um dieser Tendenz entgegen zu wirken. Der 20. Geburtstag ist eine gute Gelegenheit, auf den SoVD aufmerksam zu machen. Für die Jubiläumsfeierlichkeiten wünsche ich den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden bestes Gelingen und den Mitgliedern schöne Stunden im Kreise der SoVD-Gemeinschaft.“

Adolf Bauer  
SoVD-Präsident

Der Aufbau des SoVD, damals Reichsbund, in den neuen Bundesländern war keine leichte Aufgabe. Dennoch wurden erste Gespräche bereits im November 1989 geführt. Schon 1990 gelang es, erste Kriegsopfervereinigungen zu gründen. Kerstin Römer, Landesvorsitzende SoVD Sachsen-Anhalt, blickt zurück: „Wenn unser Landesverband im Oktober sein 20-jähriges Bestehen feiert, dann können wir sagen, dass der Beginn der Verbandsarbeit eine große Herausforderung war. Mitglieder und Vorstände mussten sich mit neuen Gesetzlichkeiten, aber auch mit anderen Formen von Eigenverantwortung und Finanzierung vertraut machen. Wir haben seitdem vieles erreicht. Aber es wird nicht leichter, die Aufgaben nicht kleiner. Aber gemeinsam, mit- und füreinander werden wir uns weiterhin für unsere Mitglieder einsetzen. Es macht auch nach 20 Jahren Freude, sich für einen sozialen Verband zu engagieren.“

In den Jahren nach 1989 haben viele engagierte Mitglieder im Osten wie im Westen mit ihrem großartigen Einsatz die neuen Landesverbände aufgebaut – so auch in Thüringen. „Die Gründung fand treffender Weise in einer Gaststätte namens ‚Einheit‘ statt. Den Partnerländern Hessen und Rheinland-Pfalz, besonders der Familie Creutzburg, gebührt großer



Foto: Ohrauge/fotolia

Durch das Brandenburger Tor zu gehen war lange nicht möglich.

Dank für die geleistete Aufbauhilfe“, betont Thüringens Landesvorsitzender Siegfried Schmidt. Auch Jürgen Weigel, Landesvorsitzender des SoVD Mecklenburg-Vorpommern

### Gemeinsam, miteinander und füreinander

würdigt die Helfer der ersten Stunde: „Wenn wir auf die 20 Jahre zurückblicken, dann vergessen wir nicht die Leistungen und Bemühungen derer, die als Initiatoren dafür gesorgt haben, dass unser Landesverband sich gründen und in den Folgejahren entwickeln konnte. Wir werden ihre Leistungen vor allem dadurch in Ehren halten, indem wir auch in den nächsten Jahren gemeinsam unseren Landesverband weiterentwickeln und unsere Verantwortung auf sozialem Gebiet wahrnehmen werden.“ Im Juli 1990 nahm der Landesver-

band Sachsen seine Arbeit auf. „Um in einer sozial gerechten Gesellschaft leben zu können, braucht es Menschen, die sich einbringen. In Sachsen wurde seit 1990 vieles erreicht. Allen, die dazu beigetragen haben und weiterhin beitragen, sei herzlich gedankt“, betont Sachsens Landesvorsitzender Siegfried Geßner. In Brandenburg kam es 1990 nicht zu einer Neugründung, sondern Erweiterung des Landesverbandes Berlin. Michael Wiedeburg, Landesvorsitzender Berlin-Brandenburg, erklärt: „Im November 1989 wies der Landesverband Berlin seine Geschäftsstellen an, dem Besucherstrom von DDR-Bürgern Rat und Hilfe zu erteilen. Im Juni 1990 erfolgte die Verbandserweiterung. Unsere Aufgabe ist damals wie heute: Hilfesuchenden mit Rat und Tat zur Seite stehen.“

### Dank an die Helfer der ersten Stunde

26. Mai 1990

Als erstes wird der Landesverband Thüringen in Erfurt gegründet.

12. Juni 1990

Der Landesverband Berlin trat ab diesem Zeitpunkt als Landesverband Berlin-Brandenburg auf.

10. Juli 1990

Der dritte im Bunde: Der Landesverband Sachsen wird in Chemnitz gegründet.

26. Juli 1990

Am 26. Juli erfolgte die Gründung des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern in Rostock.

3. Oktober 1990

Bund der Kriegsopfer in der DDR geht im Landesverband Sachsen-Anhalt des Reichsbundes auf.



Fotomontage: Landesverband Schleswig-Holstein

„Ich möchte Gerechtigkeit für alle Generationen!“ – so lautet der Slogan der Plakataktion des SoVD Schleswig-Holstein.

Landesverband Schleswig-Holstein

## Große Plakataktion in Schleswig-Holstein

Diesen Sommer macht der SoVD Schleswig-Holstein mit Plakaten zum Thema Generationengerechtigkeit auf sich aufmerksam. Diese werden zwischen dem 30. Juli und dem 9. August sowie zwischen dem 13. und 23. August in rund 150 Städten und Gemeinden an exponierter Stelle zu sehen sein. Damit setzt der schleswig-holsteinische SoVD in Zeiten zunehmender Entsolidarisierung in der Gesellschaft bewusst ein Zeichen für Gemeinsamkeit und Solidarität – ganz im Sinne des Mottos: „Nah bei den Menschen!“

Landesverband Niedersachsen

## 3000 Besucher bei Gesundheitsmesse

Das Wetter war trüb, ganz im Gegensatz zur Stimmung auf der 2. Sozial- und Gesundheitsmesse am 19. Juni in Kirchweyhe. Auch die vom SoVD initiierte Aktion zur Knochenmarktypisierung fand großes Interesse.

Über 3000 interessierte Besucher kamen auf den Weyher Marktplatz um sich auf der 2. Sozial- und Gesundheitsmesse Informationen zu verschiedenen Themen zu holen. Sie wurden nicht enttäuscht: 67 Aussteller aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich boten eine bunte Angebotspalette im über 600 Quadratmeter großen Zelt sowie auf dem Marktplatz – von EDV für Senioren bis zum generationenübergreifenden Wohnen, von Orthopädie bis Zahnimplantat. Ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm mit Jazz, Rock, Chansons, Sketchen, türkischen Volkstänzen sorgte für Unterhaltung und rundeten die Messe ab.

### Auf der Suche nach genetischen Zwillingen

Viele an Leukämie Erkrankte warten verzweifelt auf eine lebensrettende Stammzellenspende. Die Deutsche Knochenmarkspenderdatei (DKMS) registriert potenzielle Spender und typisiert deren Gewebemerkmale. „Dass sich mög-

lich viele Menschen als Knochenmarkspender registrieren lassen, ist deshalb so wichtig, weil für eine Spende die Gewebemerkmale fast identisch sein müssen – und das ist nur selten der Fall“, erklärt SoVD-Ortsvorsitzende Rita Wegg, die die Typisierungsaktion im Rahmen der Gesundheitsmesse organisiert hatte. Bürgermeister Frank Lemmermann und Bürgermeister a. d. der Freien Hansestadt Bremen, Dr. Henning Scherf, sind Schirmherren der Aktion. Je mehr Menschen sich registrieren lassen, desto höher wird die Chance, diesen seltenen „genetischen Zwilling“ zu finden.

Auf der Gesundheitsmesse haben sich über 50 Menschen registrieren lassen. Dazu ist lediglich die Entnahme einer Speichelprobe notwendig. „Es ist schön, wenn man helfen kann“, sagten viele der möglichen Spender. Doch diese Freiwilligen zu finden, ist nicht genug, auch die 50 Euro Kosten je Typisierung müssen finanziert werden. Mithilfe einer Tombola und anderen Spendenak-



Über 3000 Interessierte besuchten die 2. Weyher Gesundheitsmesse.

tionen sammelte der SoVD die für die Typisierungen notwendigen über 2500 Euro. Wegen des großen Interesses wird der SoVD Kirchweyhe am 21. August die Aktion wiederholen – dafür haben sich auf der Gesundheitsmesse bereits großartige 200 freiwillige Spender angemeldet.

Verbraucherschutz innerhalb der EU

# Fluggastrechte-Verordnung stärkt Urlaubern den Rücken

**Die Rechte der Flugpassagiere sind vor sechs Jahren europaweit verbessert worden. Grundlage hierfür ist die Fluggastrechte-Verordnung der Europäischen Union (Nummer 261/2004). Sie unterscheidet zwischen sogenannten Nur-Flügen und Pauschalreisen. Ins Rampenlicht geriet die Verordnung im Zusammenhang mit den zahlreichen Flugausfällen durch den Ausbruch eines isländischen Vulkans.**

Die Fluggastrechte-Verordnung sichert Urlaubern Ansprüche, wenn deren Flug von einer deutschen oder auch der Airline eines anderen Staates der Europäischen Union (EU) durchgeführt worden ist oder werden soll. Hat die Fluggesellschaft ihren Sitz außerhalb der EU, so gilt die Verordnung nur dann, wenn sich der Abflugort innerhalb der EU befindet. Demnach greift die Verordnung beispielsweise bei einem Lufthansa-Flug von Istanbul nach Frankfurt, bei einem Flug auf der gleichen Strecke mit Turkish Airlines dagegen nicht.



Foto: eray / fotolia

### Nur-Flüge

Wurde ein Flugticket solo erworben, so ist bei Reklamationen die Fluggesellschaft der richtige Ansprechpartner. Fällt ein Flug aus, so hat der Passagier die Wahl, ob er den Flugpreis erstattet haben möchte oder kostenlos umbuchen will. Daneben besteht ein Anspruch auf sogenannte Betreuungsleistungen wie etwa Verpflegung, zwei Telefonate (Faxe, E-Mails) sowie gegebenenfalls eine Hotelunterbringung (inklusive Transfer dorthin).

### Pauschalreisen

Hier können Ansprüche gegenüber dem Reiseveranstalter und dem Flugunternehmen bestehen. Veranstalter wie Reisende haben das Recht, bei höherer Gewalt (wie etwa im Fall der Vulkanasche) den Reisevertrag zu kündigen. Das haben die Veranstalter regelmäßig getan.

### Beispiele

Der Hinflug fällt aus. Ging es

**Über den Wolken mag die Freiheit grenzenlos sein, bleibt der Urlaubsflieger jedoch am Boden, geht meist der Streit mit der Fluglinie oder dem Reiseveranstalter los. Hier soll eine EU-Verordnung Klarheit schaffen.**

um einen ausgefallenen Hinflug, so darf der Veranstalter für von ihm bereits aufzuwendende Leistungen (etwa Stornokosten für Hotelreservierungen) zur Hälfte vom Kunden ersetzt verlangen, so das Bundesjustizministerium. Wird die Reise lediglich verschoben und verkürzt sich dadurch die Reisezeit, so hat der Kunde Anspruch auf Erstattung des anteiligen Reisepreises.

Der Rückflug fällt aus. Der Reiseveranstalter bleibt verpflichtet, seine Kunden zurückzubefördern. Wird dies teurer als der ursprüngliche Flug, so teilen sich Veranstalter und Kunde die Mehrkosten. Weitere Mehrkosten, etwa für Übernachtungen, trägt der Kunde im Verhältnis zum Reiseveranstalter selbst.

Auch hier kann es jedoch Ansprüche gegen die Airlines geben.

### Rechte gegenüber der Fluggesellschaft

Wie beim Nur-Flug können Pauschalkunden auch gegenüber der Fluggesellschaft Ansprüche nach der EU-Verordnung 261/2004 haben. Mit folgenden Besonderheiten: Es kann eine kostenlose Umbuchung des Fluges verlangt werden, allerdings keine Erstattung des Flugpreises. Wurde der Rückflug gestrichen, so können die Pauschalreisenden während der Wartezeit bis zum nächstmöglichen Weiterflug Getränke- und Essensgutscheine verlangen und haben gegebenenfalls Anspruch auf eine Hotelunterbringung. wb

Techniker Krankenkasse sammelte Daten eines Jahrzehnts

# Gesundheitsreport belegt Anstieg psychisch bedingter Krankheiten

**Stress und hohe Belastung am Arbeitsplatz führen nach Angaben der Techniker Krankenkasse (TK) zu immer mehr Krankschreibungen. In den vergangenen zehn Jahren sei die Anzahl psychisch bedingter Krankschreibungen bundesweit um fast 40 Prozent gestiegen.**

Die Besorgnis erregenden Zahlen gehen aus dem aktuellen Gesundheitsreport der Krankenkasse hervor, in dem erstmals Daten aus einem gesamten Jahrzehnt berücksichtigt wurden. Psychische Störungen sind

demnach einer der Hauptgründe für Fehlzeiten bei Beschäftigten und Arbeitslosen.

Norbert Klusen, Vorsitzender des TK-Vorstandes, erklärte hierzu, die Arbeitswelt habe sich in den ver-

gangenen Jahren deutlich gewandelt. Klusen weiter: „Immer mehr Beschäftigungsverhältnisse sind befristet, dank moderner Kommunikationsmittel sind wir mittlerweile rund um die Uhr und nahezu überall erreichbar. Das geht an den Menschen nicht spurlos vorbei.“ Der Krankenkassenvorstand bezeichnete die Arbeitswelt als eine „Pop-up-Gesellschaft“, in welcher der Arbeitsrhythmus immer seltener selbstbestimmt sei. Mit zunehmender Häufigkeit würden dagegen der Computerbildschirm und die darauf aufblinkenden Fenster sowie eingehende E-Mails den Arbeitsablauf diktieren.

Beunruhigend ist ebenfalls die zunehmende Verordnung von Antidepressiva, deren Zahl sich der TK zufolge bei Frauen nahezu verdoppelt hat. Generell höher liegt dieser Wert bei Arbeitslosen im Verhältnis zu Berufstätigen. So sind arbeitslose Frauen doppelt so häufig betroffen wie deren arbeitenden Geschlechtsgenossinnen. dpa/TK



Foto: monkeys business / fotolia

**Hektik und Stress im Arbeitsalltag gelten als Hauptursache für die Zunahme psychisch bedingter Erkrankungen von Berufstätigen.**

## Gesucht und gefunden in der SoVD Zeitung

### An- und Verkaufsanzeigen

**Keine Reiseanzeigen – Keine gewerblichen Anzeigen**  
An die Zeitung des SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD), Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, Postfach 12 66, 27723 Worpswede

Die nachstehende Anzeige veröffentlichen Sie bitte unter „An- und Verkaufsanzeigen“ (keine „Reise-Gewerblichen Anzeigen“), pro Zeile 5,95 Euro incl. 19% MwSt. Anzeigenannahmeschluss: Am 3. des Vormonats.

Vor- und Zuname \_\_\_\_\_

Straße und Nr. \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

☎ \_\_\_\_\_

Ich ermächtige die ZEITUNG DES SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD)-Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, die Insertionskosten von meinem Konto abbuchen zu lassen. Die Bezahlung Ihrer Anzeige kann nur durch Abbuchung oder Vorkasse (Scheck) erfolgen.

Bank / Postscheckamt \_\_\_\_\_ in: \_\_\_\_\_

Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Konto-Nr. \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Der Text meiner Anzeige: Ausgabe \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

**Treppenlifte**  
neu und gebraucht  
Qualität zu günstigen Preisen.  
Gratis-Angebot:  
☎ 0800 - 688 788 9  
(gebührenfreie Nummer)  
Schwerin Fulda  
Bremen Koblenz  
Hamburg Frankfurt  
Verden Mannheim  
Hannover Karlsruhe  
Dortmund Stuttgart  
Bielefeld Augsburg  
Kassel München  
Köln  
www.treppenlift-discount.de

KAUFE ORDEN u. EHRENZEICHEN  
1. + 2. WELTKRIEG ☎ 046 21/3 59 69

**VITAL Elektromobile**  
Hersteller  
TOV  
Reichweiten bis zu 100km  
6 bis 15km/h  
Führerscheinfrei  
ab 1.490€  
\*Preis bezieht sich nicht auf das abgebildete Modell  
Kostenlosen Prospekt anfordern!  
Tel. 02351/953060  
EAT Gundermann GmbH SoVD  
Hohe Steinert 33, 58509 Lüdenscheid

Antworten auf  
Chiffre-Anzeigen unter  
Angabe der Chiffre-Nr. an:  
Anzeigen-Verwaltung:  
U. Struckmeyer  
Postfach 1266  
27723 Worpswede

**Männer über 50**  
...die wissen, was sie in einer befriedigten Partnerschaft wollen, nehmen Eumel-Bull-Kraft-NE Dragees, denn Liebe ist keine Frage des Alters. Mit Rinderhodempulver zur Stärkung ohne Nebenwirkung.  
1 Packung 28,- inkl. Versandkosten.  
Jetzt bestellen – erst in 14 Tagen bezahlen.  
Otto Blocherer · Abt. 1 · Friedensstraße 4  
Tel. 08 21/43 45 57 · 86391 Stadtbergen

**IN RUHE GESUCHT,  
DAS BESTE GEFUNDEN,  
IN DER SoVD-ZEITUNG!**

E-Mobil bzw. E-Rollstuhl, guter Zustand je VB 1.000,- E  
Anlieferung mögl. ☎ 051 08/92 54 96

**Bewegung hält Sie Fit + Gesund**  
Der Spazierstock, der sich von der Gehhilfe zum Sitzstock verwandelt!  
Kostenlose Info unter  
0800 0000 9449  
www.flipstick.de

Anzeigenverwaltung  
**SoVD** Zeitung  
U. Struckmeyer  
Postfach 12 66  
D-27723 Worpswede  
Tel.: 0 47 92 / 22 16  
Fax: 0 47 92 / 35 30  
E-Mail:  
u.struckmeyer@t-online.de

## Ausstellung macht Medizintechnik spielerisch erfahrbar „Begreifen, was uns bewegt“

Vor genau einem Jahr öffnete das Science Center Medizintechnik in Berlin seine Türen für eine staunende Öffentlichkeit. Aufsehen erregt der ungewöhnliche Bau nicht nur von außen. Die Ausstellung „Begreifen, was uns bewegt“ lockt Besucher ins Innere und verdeutlicht ihnen auf spielerische Weise die Funktionsweise des menschlichen Körpers. Finanziert wurde das Projekt von dem traditionsreichen Unternehmen Otto Bock.

Beim Betreten des Science Centers Medizintechnik strahlt dieses zunächst eine gewisse Kühle aus. Das mag an der konsequent in weiß gehaltenen Einrichtung liegen oder dem Wirken der Klimaanlage geschuldet sein. Deren Vorhandensein werden Besucher gerade an heißen Sommertagen jedoch zu schätzen wissen. Wer in das Innere des Science Centers vorgedrungen ist, sollte ohnehin eine gute Portion Neugierde mitbringen. Befriedigt wird diese zunächst was den Hintergrund der ungewöhnlichen Architektur des Hauses angeht. Dessen geschwungene Linien, so verrät eine Broschüre, orientieren sich nämlich an der Struktur menschlicher Muskelfasern, was die Berliner bereits zu dem

Spitznamen „Muskelhaus“ verleitet hat. So ist es kein Zufall, dass hinter dem Projekt mit der Firma Otto Bock HealthCare ein Unternehmen steht, das Weltmarktführer ist im Bereich der Prothetik. Alexandra Grossmann ist die wissenschaftliche Koordinatorin des Science Centers und erläutert die Hintergründe: „Die Fassade soll Aufmerksamkeit schaffen für die Belange von Menschen mit einer Mobilitätseinschränkung, aber auch Lösungen aufzeigen, die ihnen die moderne Medizintechnik heute bietet.“

Dabei beschränkt sich die Ausstellung keinesfalls auf Anschauen, vielmehr darf an den einzelnen Stationen angefasst und ausprobiert werden. Große Monitore, die so an-

gebracht sind, dass sie problemlos von Rollstuhlfahrern genutzt werden können, reagieren auf einfache Berührungen – spezielle Computerkenntnisse sind also nicht nötig. Bildtafeln und Animationen demonstrieren leicht nachvollziehbar, wie komplex allein schon der aufrechte Gang des Menschen auf zwei Beinen ist.

Zwar nicht aufrecht, aber kaum weniger komplex stellt sich dagegen die Fortbewegung in einem Rollstuhl dar, die in einem anderen Bereich der Ausstellung ebenfalls ausprobiert werden kann. Hat man als Fußgänger in dem ungewohnten Gefährt Platz genommen, blickt man zunächst in Fahrtrichtung auf einen großen Monitor. Dreht man nun an den Laufrädern des auf Rollen gelagerten Rollstuhls, wird die Bewegung optisch auf dem Bildschirm umgesetzt und man bekommt das Gefühl, sich durch die Berliner Innenstadt zu bewegen. Gelangt man dabei an eine Bordsteinkante, kriegt man das Ruckeln über die Aufhängung des Rollstuhls deutlich zu spüren. Umkippen, so versichert Alexandra Grossmann, könne der Rollstuhl allerdings nicht. Eine Abweichung von der Realität, die gerade ungeübte Rollstuhlfahrer begrüßen werden.

Das Science Center hat sich mittlerweile in der Hauptstadt etabliert. Sicherlich auch aufgrund der Lage zwischen Brandenburger Tor und Potsdamer Platz wurden zunächst zahlreiche Berlin-Touristen von der



Fotos (2): Otto Bock Science Center Medizintechnik

Schon von Weitem sticht die Architektur des Science Centers ins Auge. Die Linienführung ist dem Verlauf von Muskelfasern nachempfunden.

ungewöhnlichen Fassade angelockt. Im ersten Jahr lag die Besucherzahl insgesamt bei rund 140000. Inzwischen aber finden immer mehr Interessierte ganz gezielt ihren Weg in das strahlend weiße Haus. Alexandra Grossmann begrüßt diesen Umstand: „Es gibt viele Schulen oder auch Studienrichtungen, bei denen ein Besuch im Science Center bereits vorgesehen ist. Gerade im Schulbereich lassen sich auf diese Weise Berührungspunkte frühzeitig abbauen.“

Wenn es um Prothesen geht, sind Berührungspunkte nur natürlich, zumal wenn man bisher noch nicht mit dem Verlust einzelner Gliedmaßen konfrontiert war. Hinzu kommt, dass in unserer Gesellschaft stets das Ideal eines perfekten, will sagen vollständigen Körpers präsentiert wird. Wer sozusagen einmal hinter diese Fassade blicken will,

kann sich in den hellen Räumen des „Muskelhauses“ bedenkenlos einem Thema nähern, das zu Unrecht oft ein Schattendasein führt. job



Der Besuch der Ausstellung ist kostenlos und aufgrund der barrierefreien Räume auch für Menschen mit Mobilitätseinschränkung geeignet. Die Öffnungszeiten sind Donnerstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr; eine Anmeldung von Gruppen ist auch außerhalb dieser Zeiten möglich. Das Science Center Medizintechnik finden Sie in der Ebertstraße 15a (U-/S-Bahnhof Potsdamer Platz). Weitere Auskünfte und Anmeldungen per Telefon unter 030/3982060 oder E-Mail: info@sciencecenter-medizintechnik.de.



Bereits jetzt steht ein Besuch der Ausstellung „Begreifen, was uns bewegt“ auf den Stundenplänen vieler Berliner Schüler.

Angebote: 3 Tage HP ab 129,- 7 Tage HP ab 248,-

**Hotel „Mariandl“**  
\*\*\* superior  
„Zum Singenden Wirt Gastronomie“  
Inhaber: Stefan Dietl

Von Gästen zu einem der in Deutschland 10 beliebtesten Hotels gewählt.  
Haben Sie mit Ihrer Gruppe schon für 2010 etwas geplant?  
Ihre Ohren werden Augen machen.  
**DAS SCHÖNSTE, WAS DIE VOLKSMUSIK ZU BIETEN HAT**  
Auf DU & DU mit Stars der Volksmusik vom 2.1.2010 – 30.4.2010 (außer Ostern)  
Mit dabei:  
Die Zillertaler · Mark Pircher · Geschwister Hofmann · Die Lauser  
Stigrid + Marina · Die Ladiner und vieles mehr...

Tagespreise	Halbpension	41,00
Ostern 6 Tage	Halbpension	249,00
Ab 01.04. – 30.04.2010	Halbpension	41,00
01.05.2010 – 31.05.2010	Halbpension	43,00
01.06.2010 – 30.09.2010	Halbpension	44,50
01.10.2010 – 31.10.2010	Halbpension	43,50
Einzelzim.-Zuschlag pro Tag	6,00	Vollpensionszuschlag 5,00

Azoplatz 3 · 94353 Elisabethzell / Bayer. Wald  
Tel. 09963/1057, 2990 · Fax: 09963/2448  
www.singendewirt.de  
E-mail: info@singendewirt.de

Fordern Sie doch Ihren Prospekt an! Sie werden begeistert sein. **FAMILIE DIETL**

**UNSERE LEISTUNGEN:** • Unterbringung in schönen freundlichen Zimmern mit DU/WC • **Kostenlos** Benutzung unseres Hallenbades (32°) • Saunagänge frei • Solarium sowie Kegelbahn im Hause • Medizinische Massage • Kosmetik möglich • Fahrer und Reiseleiter frei • teilweise Lift • Behindertentoilette • Lokal im Parterre

**FÜR DEN GAUMEN:** • Morgens erwartet Sie ein tolles Frühstücksbuffet • Menüwahl • Salatbuffet • wöchentliches bayerisches Schlemmerbuffet • Begrüßungstrunk • Nachtschichtbuffet

**ZUR ABENDLICHEN UNTERHALTUNG TRAGEN BEI:** • Liederabend mit dem Singenden Wirt • täglich Tanz- und Unterhaltungsabende mit unseren Hausmusikern • Bayr. Brauchtumsabend • Stefan's geführte Wanderung • Fackelwanderung • Modenschau

Wir würden uns freuen, wenn wir Sie als unsere Gäste in unserem Hause begrüßen könnten und verbleiben bis zu Ihrer geschätzten Nachricht **FAMILIE DIETL MIT TEAM**

**Bayerische Gemütlichkeit im Hotel Beinbauer**  
Passauer Land / Bayerischer Wald  
Bestens geeignet auch für Gruppenreisen: **Kostenlose Reiseleitung des Hausherrn**  
Wir organisieren Ihr Ausflugsprogramm nach ihren Wünschen!

- Ruhiges, familiär geführtes Hotel • Beste Lage für Ausflüge (Dreiländereck) • Zimmer mit 3 Sterne Ausstattung • Hallenbad, Sauna, Kosmetik und Massagen • Liegewiese, Terrasse, neue gem. Aufenthaltsräume • Reichh. Frühstücksbuffet, 4-Gang-Wahlmenü • Musikabend, Bingo, Filmvorführungen auf Großbildleinwand

**Sonderangebot Einzelreisende: Wir schenken Ihnen einen Urlaubstag:**  
26.7.10 – 1.8.10 / 10.10.10 – 17.10.10 Preis pro Person für 7 Ü/HP 246,00 €

Hotel Beinbauer · Pangerlbergstraße 5 · 94124 Büchlberg · ☎ 08505/9167-0 · Fax 9167-123  
eMail: info@hotel-beinbauer.de · www.hotel-beinbauer.de

**Ihr Reiseziel 2010 in der romantischen Fränkischen Schweiz**  
im Städtedreieck Nürnberg - Bamberg - Bayreuth

**Hotel-Café Grüner**  
Neudorfer Weg 3  
91286 Obertrubach  
Tel. 09245/987-0  
Fax 09245/987-60  
www.hotelgruener.de

**Ideal für Gruppenreisen**, 50 Betten, 19 DZ, 12 EZ, alle Zimmer DU/WC, Telefon, Sat-TV, meist Balkon, Lift, reichhaltiges Frühstücksbuffet, Solarium, Cafe- und Liegeterrasse, ruhige zentrale Lage, kostenloses **Hallenbad** 200 Meter entfernt. Viele Wander- und Ausflugsmöglichkeiten, umfangreiches Rahmenprogramm. Gruppenpreis bei Halbpension im DZ 35,00 im EZ 39,50 – 2 FP. Bitte fordern Sie unser ausführliches Angebot mit Hausprospekt an! Wir würden uns sehr freuen, Sie als Gast begrüßen zu dürfen. Ihre Familie **Grüner**

## Rhein / Mosel

**Fewo\*\*\*\***, Mosel, b. Cochem, 4 Pers. ab 25,- €, z.T. behindertenfrdl., Telefon und Sat-TV, Grill, Liegewiese, ideale Wandermöglichkeit, Bahnst. ☎ 06542/2498 · www.fewo-kroeger.de

**MITTELMOSEL\*\*\*** ÜF ab 1750 €  
www.haussibylle.de, Kröver Straße 25, D-54538 Kinheim ☎ 06532/2592 · Fax 954503

**Junger Geist in historischem Gemäuer**  
Dir. a.d. Mosel, Menüwahl, Lift, Kegelbahn, 100 Betten, Fahrn. Sparpr.: 5xHP220,-/7xHP322,-/3xHP156,-/Grup.-Prosp.anf. \*\*\* Deutscherherhof ☎ (0 65 32) 935-0, Fax 935-199 54492 Zellingen-Rachtig (www.Deutscherherhof.de)

**Urlaub direkt an der Mosel**  
★ Schwimmbad & Panorama-Sauna ★ Lift ★ Fam. gef. Hotel bei Berncastel-Kues (5 km) 90 B., Du/WC/TV, Moselterrasse, Liegewiese, Kegelbahn. Zentral gelegen für Wander-/Radtouren u. herrl. Ausflüge: z.B. Trier (35 km), Luxemburg (60 km). Sparpreise ab: 5x HP 209 € - 7x HP 279 €  
www.hotel-winzerverein.de  
54492 Zellingen/Mosel · Tel. 06532/2321 · Fax 1748

## Anzeigenverwaltung SoVD Zeitung

U. Struckmeyer · Postfach 12 66 · D-27723 Worpswede  
Tel.: 04792/22 16 · Fax: 04792/35 30  
E-Mail: u.struckmeyer@t-online.de